

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum
folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesäule 35/37, und die Post zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für
Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Dienstag, den 14. Mai 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 11. Mai.

90. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Hohenlohe, Dr.
von Büttcher, Lieberding, von Köller, Schönstedt,
Bronsart v. Schellendorff.

Die zweite Lesung der Umsturzvorlage wird fortgesetzt bei
§ 112 des Strafgesetzbuches, für den die Kommission folgende
Fassung vorschlägt:

„Wer einen Angehörigen des deutschen Heeres oder der kaiser-
lichen Marine auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen
nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche
zum Beurtheilungsstande gehört, auffordert oder anreizt, der Ein-
berufung zum Dienste nicht zu folgen, wird mit Gefängnis bis zu
zwei Jahren bestraft. Diese Strafvorschrift findet auch auf Den-
jenigen Anwendung, der einen Angehörigen des Landsturms auf-
fordert oder anreizt, dem Ausrufe nicht Folge zu leisten.“

Wer in der Absicht, die militärische Ehre und Ordnung zu
untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegenüber einem
Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine oder Ein-
richtungen derselben verächtlich macht oder zur Verletzung der auf
die Verwendung der bewaffneten Macht im Frieden oder Krieg sich
beziehenden militärischen Dienstpflichten auffordert oder anreizt,
wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“

In der Regierungsvorlage lautete der zweite Absatz:
„Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren trifft Den-
jenigen, der es unternimmt, einen Angehörigen des aktiven Heeres
oder der aktiven Marine zur Betheiligung an Bestrebungen zu
verleiten, welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden
Staatsordnung gerichtet sind.“

Die Abgg. Hausmann (lib. Volksp.), Lenzmann,
Mundel und Träger (Fv.) beantragen, im zweiten Absatz
die Worte „das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben
verächtlich macht oder“ zu streichen.

Hausmann (V.): Derselbe Geist, der im § 111 vor-
waltet, findet sich auch in diesem Paragraphen. Hoffentlich wird
er aber ebenso wie § 111 und ebenso wie sich feigender Heiter-
keit des Hauses abgelehnt. Die Reden vom Regierungstisch haben
gegen die Ablehnung nichts genützt. Wenn Herr von Köller das
Wort „Wüßhinn“ gebrauchte, so hat er damit das richtige Wort
für die Vorlage gesprochen. (Sehr richtig! links.) Ein anderer
Regierungsvorleser empfahl die Festschreibung. Das beweist, daß
der Regierung der Muth der Kaltblütigkeit abhanden gekommen
und an dessen Stelle Heißblütigkeit getreten ist. (Heiterkeit.) Herr
Gröber sprach von dem Schweineglück der Sozialdemokraten. Er
vergaß aber, daß das Centrum von jeder der Älter dieses
Schweineglücks gewesen ist. (Sehr richtig! links.) § 112 ist noch
gefährlicher als § 111. Er unterbindet völlig die Kritik aller
militärischen Einrichtungen. Wir mühten uns ihm gegenüber auf
den Standpunkt des Herrn v. Köller stellen und sagen: Die Gründe
der Regierung kümmern uns nicht. (Sehr gut! links.) Wir thun
das nicht, aber ich will doch konstatieren, daß Herr v. Köller
gestern kein Wort auf die heftigen Angriffe zu erwidern wußte.
(Sehr richtig! links.) Bei uns im Süden sind sich die Minister
ihrer konstitutionellen Stellung bewußt und bringen der Volks-
vertretung die ihr gebührende Achtung entgegen. Auch Herr
Schönstedt hat gestern gezeigt, welcher Auslegungssinn die Re-
gierung bei dieser Vorlage fähig ist. (Beifall links.) Als Material
für den § 112 sind in der Kommission aus fünfzehn Jahren ins-
gesammt 22 Neußerungen beigebracht worden, welche für ihn
sprechen sollen. Dabei muß man doch berücksichtigen, daß oft
gerade Herr von Köller am besten wissen. (Sehr gut! und Heiter-
keit links.) Ein Theil der beigebrachten Neußerungen ist nicht
sozialdemokratisch, sondern anarchistischer Herkunft, ein weiterer
Theil ist bereits gerichtlich abgestraft. Was übrig bleibt, kann nicht
als genügendes Material zur Begründung des § 112 anerkannt
werden. (Beifall links.) In dem von der Regierung beigebrachten
Material befindet sich auch ein im Jahre 1844 oder 1845 ent-
standenes Gedicht von Ferdinand Freiligrath. Man kann von
unsern Militärs freitlich verlangen, daß sie Kenner unserer
schönen Literatur seien, aber das kann man doch wohl verlangen,
daß sie den Dichter des „Hurrah Germania!“ kennen. (Sehr gut!
links.) Die Regierung möchte, das geht aus den Verhandlungen
klar hervor, eine Handhabe gegen alle gegen die Armee gerichteten
Kritiken haben. Nicht nur auf die Anarchisten soll es abgesehen
sein, sondern auch gegen sozialdemokratische Agitatoren. Und wenn
man auch Andere treffen könnte, so schadet das nichts. (Hört, hört!
links.) Die Regierung will eben für die Kritik das Maß des Erlau-
bten durchaus enger gezogen sehen. Die Kommission ist aber in
ihrer Fassung noch erheblich weitergegangen, wie die Regierung.
Auch hier werden der Regierung Waffen geboten, die sie nicht be-
sprucht hat. Es ist schon schlimm genug, daß den Heeresange-
hörigen gesagt wird, sie müßten eventuell auf ihre eigenen Brüder
und Väter schießen. Um so weniger wäre es nötig, das hier noch
recht grell zu beleuchten. Man sollte es vielmehr vermeiden, den
Rekruten so etwas zu sagen und den Sozialdemokraten Gelegen-
heit, ihrerseits damit zu kokettieren, nicht geben. (Sehr richtig!
links und im Centrum.) Ich habe mir deshalb gestattet, einen
Abänderungsantrag einzubringen, um wenigstens das ganz neue
Defizit des Verächtlichmachens aus dem Paragraphen zu entfernen.
Man könnte dasselbe doch höchstens auf Personen anwenden, nicht
aber auf leblose Dinge, wie Einrichtungen. Man wird jede gegen
Heereseinrichtungen gerichtete Kritik, wenn der Kommissionsantrag
angenommen werden sollte, als Verächtlichmachung ansehen.
Auf anderen Gebieten hat man gegen dieselbe noch nie nach Maß-
regeln gerufen, auch nicht bei der Verächtlichmachung des Reichs-
tages nach dem Beschluß über die Bismarckrede. Bis jetzt galt

noch das Dichterwort: Wer die Wahrheit kennt und jaget sie nicht,
der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht. Jetzt will man dasselbe
dahin umkehren: Wer die Wahrheit kennt und jaget sie frei, der
kommt auf die Brücke der Staatspolizei! Soll man nicht Kritik
über diesen an militärischen Einrichtungen, wie der Sonderstellung
des Offizierskorps oder dem Dunkelarrest, der sonst schon längst als
unwürdige Strafe anerkannt ist? Grade dem Militär gegenüber
halte ich die Kritik für besonders gerechtfertigt, da den Angehörigen
des Heeres jedes selbstständige Urtheil unterzogen ist. Selbst ein
konservatives Mitglied der württembergischen Kammer hat sich
daher gegen den § 112 ausgesprochen. Er würde einfach zur
Fesselung des Geistes führen. Wer Strafparagrafen zur politischen
Verfolgung sät, der wird Haß ernten. (Lebhafte Zustimmung
links.) Läge dem Justizminister das Ansehen der Justiz wirklich
so am Herzen, wie er es behauptet, so müßte er selbst diesen
Paragrafen ablehnen, denn die daraus entstehenden Prozesse
können nicht zur Hebung des Ansehens der Rechtspflege beitragen.
(Sehr richtig! links.) Auch zur Steigerung der Autorität der
Regierung kann der § 112 nicht beitragen. Ich bitte daher, den
Paragrafen abzulehnen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Nachdem
unser Standpunkt in erster Lesung und in der Kommission dargelegt
worden, hätte ich den Gegenstand für erschöpft gehalten. Neues
hat auch der Vorredner nicht vorgebracht. Ich will nur auf das
Freiligrath'sche Gedicht zurückkommen. Im Sinne der Sozial-
demokraten mag dasselbe ein hervorragendes Kunstwerk sein, für
mich ist es ebenso das Erzeugniß einer hinüberbraunten Phantasie,
wie viele andere. (Lebhafte Widerspruch links.) Ob der Dichter
ein hervorragender Gelehrter oder ein ganz obskurer literarischer
Schmierfink ist, ist bezüglich der Wirkung ganz gleich. (Sehr
richtig! rechts. Widerspruch links.) Alle solche Erzeugnisse gehen
darauf aus, an dem Volkswort, das die Armee bildet, zu bohren
und zu hochern. (Sehr richtig! rechts) und dagegen wollen wir
eine Handhabe haben. Ich stehe deshalb auf dem Boden der
Militärvorlage — (Große Heiterkeit) — ich meine die Regierungs-
vorlage — (Vgl. Singer: Ist dasselbe. — Heiterkeit.) Wir haben
auch noch keine Gelegenheit gehabt, zu den Kommissionsbeschlüssen,
die Manches bieten, was wir nicht verlangt haben, Stellung zu
nehmen.

Abg. Vebel: Wenn der Kriegsminister uns nicht provoziert
hätte dadurch, daß er erklärte, § 112 sei in erster Linie auf uns
gemünzt, so hätte ich bei dem voraussetzlichen Schicksal der Vor-
lage auf das Wort verzichtet können. Ich muß das auch um so
mehr, als in den Kommissionsberichten zwar die Angriffe auf
meine Person und Partei verzeichnet sind, aber nicht unsere Wider-
legungen, die in extenso wiedergegeben sind. Wir haben aller-
dings in der Kommission nicht darauf bestanden, daß unsere Aus-
sicherungen ausführlicher in den Bericht hineinkommen. Was der
Kriegsminister mit heute jagte, klang ganz anders als das, was er
meinem Parteigenossen Vier gegenüber vor ein paar Tagen geant-
wortet hat. Nach seinem ersten Worte konnte man sagen: Wozu
der Lärm über diese Vorlage. Es war ihm nur darum zu thun,
einen Witz zu machen, der die Lächer auf seine Seite brachte. Nach
seinen Erklärungen in der Kommission und heute soll aber die
sozialdemokratische Partei darauf ansprechen, in der Armee mehr und
mehr Boden zu gewinnen, sie von innen heraus zu zerstören, damit,
wenn einmal die Sozialdemokratie oder in einem bestimmten
Momente ihr Programm verwirklicht, die Armee als der beste Schutz
der Staatsgewalt ihre Wirksamkeit vertragen möchte. Die Vertreter
der Regierung haben eine ganz falsche Auffassung von der Stellung
der Sozialdemokratie. In keiner Zeit, so lange eine Sozialdemo-
kratie in Deutschland besteht, waren ihre Bestrebungen und ihr
Programm wesentlich anders als heute. Die Sozialdemokratie hat
stets eine Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsverhältnisse
angestrebt und die heute bürgerliche Gesellschaft mit allen ihr zu
Gebote stehenden Mitteln bekämpft, weil diese in ihrer Entwicklung
zur schwersten Schädigung und Unterdrückung der großen Masse
der Bevölkerung hinausläuft. Insbesondere haben wir niemals
jeht daraus gemacht, daß wir die allgemeine Verbrüderung aller
Völker auf dem Wege der Internationalität aufstrebten.

Die Motive zu dem Sozialistengesetz von 1878 sind genau
dieselben, wie die zu dem jetzigen § 112. Es ist aber damals nicht
dieselbe Forderung gestellt worden wie heute. Man sieht in dem
Wachsthum der Sozialdemokratie eine ganz besondere Gefahr für
den Zustand der Armee als Werkzeug der heutigen Staatsgewalt.
Ich will nicht bestreiten, daß in demselben Maße selbstverständlich
auch sozialistisch gesinnte Rekruten, Reserve-, Landwehr- und Land-
sturmänner in die Armee hineingekommen und die Gefahr wohl
besteht, genau so wie vor 1800 Jahren in Rom die Christen in
der römischen Armee immer mehr die Oberhand gewannen, in
Deutschland Männer mit sozialistischer Gesinnung bis zu einem
erheblichen Bruchtheil die Armee ausmachen. Wollen Sie dies
verhindern, so müssen Sie Wege betreten, durch welche die Fort-
entwicklung der Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird. Wollen
Sie dies und können Sie es nicht, so müssen Sie die Dinge gehen
lassen, wie sie gehen und nur da einschreiten, wo über den Rahmen
der gesetzlichen Einschränkung hinaus gegen das Gesetz gehandelt
wird, wo die Armee zum Gegenstand von politischen Agitationen
gemacht wird, die Sie als staatsgefährlich betrachten. Zum Be-
weise dafür, daß die Sozialdemokratie systematisch darauf hin-
arbeitet, die Armee zu zerstören, wird eine länger Stelle aus
meiner Rede in Wien zitiert. Ich habe mich in dieser Rede an
die dort unserer Partei in den Weg tretenden Anarchisten gewendet
und ausgeführt, es sei überhaupt ein Unbegriff zu glauben, daß auf
dem Wege der Gewalt die Ziele der Sozialdemokratie bezw. des
Anarchismus verwirklicht werden könnten. Es sei dies unmöglich,
denn die Sozialdemokraten, geschweige die Anarchisten würden nie
zu der materiellen Macht im Staate gelangen, um ein solches Ziel
zu verwirklichen; man müsse vielmehr unsere Ideen dadurch pro-
pagieren, daß man politische Aufklärung in die Massen verbreitet,
wozu die bürgerliche Gesellschaft die Vorarbeiten leiste. Also genau
das Gegenheil habe ich in Wien und wiederholt gesagt. Es ist
aus meiner Wiener Rede, wie das so oft geschieht, ein kleiner Theil
angeführt und jener Theil weggelassen, der das genaue Gegentheil
von dem sagt, was man beweisen wollte.

Ich lege Gewicht darauf, zu erklären, daß das, was ich jetzt
sage, nicht etwa das Produkt einer gewissen Verlegenheit ist, daß
ich hier etwas sage, was meiner Ueberzeugung nicht entspricht.
Ich habe bereits 1890 auf ähnliche Anklagen im Reichstage dasselbe
gesagt. Bei einer anderen Gelegenheit habe ich gesagt, die Zeiten
wären vorüber, in denen man glaubte, mit den alten Gewalt-
mitteln die alte Staats- und Gesellschaftsordnung zu stützen mit
Barricadenbauen und dergleichen. Der Zufall will, daß gerade um
diese Zeit mein Freund und Parteigenosse Friedrich Engels in
London, der wissenschaftliche Interpret der Sozialdemokratie, im
Verlage des „Vorwärts“ eine Schrift hat erscheinen lassen: Die
Klassenkämpfe in Frankreich von 1848—50 von Karl Marx, Abdruck
aus der „Neuen rheinischen Zeitung“, mit einer Einleitung von
Friedrich Engels. In dieser Einleitung beschäftigt sich Engels auch
mit der Frage, wie es gekommen sei, daß damals die Revolution
durch die Barricadenkämpfe zu Gunsten des Volkes entschieden
und gewonnen werden konnte. Engels führt aus, daß in der
klassischen Zeit der Strahlenkämpfe mehr moralisch als materiell
gewirkt haben. Um so weniger sei bei der kolossalen Entwicklung
unseres Militär- und Waffenwesens, des ganzen Zustandes in
unserer Staats- und Gesellschaftsorganisation daran zu denken,
mit gewaltthätigen Revolutionen gegen die Armee irgend welche Erober-
ungen machen zu können. Engels ist vielmehr der Meinung, daß
ganz auf der Gegenseite, bei den Vertretern des heutigen Staats-
und Gesellschaftsordnungs, bei vielen wenigstens, die Absicht bestehe,
die Sozialdemokratie um jeden Preis vor die gezogenen Kanonen
und Repetirgewehre zu bringen. Es sind wohl vorzugsweise die
Worte des Kriegsministers gewesen, wo er höhnte, daß wir ja viel
zu feige seien — dies lag in seinen Worten — uns vor die Män-
dung der Gewehre zu stellen, und daß einmal der Tag kommen
würde, wo wir gezwungen sein würden: les officiers en avant —
vor die Front uns zu begeben — hat wohl vorzugsweise Engels
veranlaßt zu sagen, man hätte gewünscht, die Sozialdemokraten
sollten sich hinreichend lassen, diesen Weg zu betreten, damit man
im Stande sei, sie im Blute zu erstickten. Diese Besorgniß ist nicht
unbegründet. Ich erinnere an die Schrift des Herrn v. Bogus-
lawsky, an die Herren Köhler und v. Massow, gegen die Sozial-
demokratie müsse die Flinte knallen und der Säbel hauen. Es ist
mir in den letzten Tagen von maßgebenden Personen in Privat-
ausführungen gesagt worden, wenn diese Vorlage nicht zu Stunde
kommt, dann müsse alles aufgeboten werden, um die Sozialdemo-
kratie zu provozieren. (Heiterkeit.) Es sei nötig, daß endlich diesem Zustande, der auf die Dauer
unerträglich sei, ein Ende gemacht werde. Wer von Ihnen will
bestreiten, daß schon seit Jahr und Tag in der Offizierswelt es
ganz und gäber Gegenstand der Unterhaltung ist, was werden
sollte und müsse, wenn man eines Tages vor die Sozialdemokratie
gestellt sei, um sie zu unterdrücken. Nun ist der wenigen Tagen
von einer sehr vornehmen Dame gesagt worden, daß ein Haupt-
mann der Garde in ihrer Gegenwart in einer Gesellschaft gesagt
habe: wenn wir die Kerle nur endlich einmal zum Loschlagen
brächten, wir würden mit Freuden bis an die Knie in Blut waten.
Die Herren von der Rechten schüttelten abwesend. Das ist alles
Fünkerei. Wir wissen aber, was wir wissen. Das genügt uns,
um zu wissen, was Ihre Absicht ist. Und wenn wir dies wissen,
dann wäre es mehr als Wahnsinn, wenn wir nicht
alles aufhören, um die Tollköpfe zurückzuhalten von denen, die
das herbeiführen, was man so vielfach wünscht. Ein Regierungsvor-
treter in der Kommission hat sich darüber entrüstet, daß ich es
nicht mit fittlicher Entrüstung abgelehnt hätte, daß wir den Weg
der Gewalt eventuell betreten könnten und wollten. Ja, was habe
ich denn für einen Grund, derartiges abzuwehren? Schließlich
werden wir nicht allein aufgeklagt deswegen, was wir sagen, sondern
deswegen, was wir nicht sagen.

Was sollen wir denn erklären, in einer Zeit, wo von allen
Dächern die Späßen herunterperlen, daß der Staatsstreik not-
wendig sei, der Bruch des Gesetzes, die Anwendung der Gewalt
— von oben! Wenn so der Vertrag zwischen Regierung und Volk
in dieser brutalen Weise gebrochen wird, dann ist auch die andere
Seite ihrer Rechten und Pflichten vollständig frei, sie kann handeln
wie sie mag. Dann trifft aber die Verantwortung jene, die solche
Zustände mit Absicht heraufbeschwören.

Ich wende mich nunmehr zu dem angeblichen Beweismaterial.
Im Kommissionsbericht heißt es: „In einer 1893 abgehaltenen
Volksversammlung in Stendal hatte der Leiter der dortigen Sozial-
demokratie, Görge, mitgeteilt, daß er die Proklamation, „O welche
Luft, Soldat zu sein!“ bestellen und vertheilen werde. Sie sei
besonders geeignet, den Rekruten in die Hand gebracht zu werden.“
Görge hat dies im „Vorwärts“ als unwahr zurückgewiesen. Die
beiden Polizeibeamten, Wachtmeister Hänisch und Polizeiergeant
Wrede blieben aber bei ihrer Behauptung, Hänisch nahm sie auf
seinen Dienst. Wir haben nun Görge, nachdem diese Er-
klärung der Kommission vorlag noch einmal gefragt, ob er vielleicht
eine ähnliche Aeußerung gemacht habe; er konnte sich doch auch
geirrt haben. Darauf erklärt Görge: „Nein, ich habe sie nicht
gemacht, aber wahr ist, daß eine ähnliche Aeußerung von einem
andern, und zwar dem und dem, gemacht worden ist.“ Gleichwohl
ist man bereit, es auf seinen Eid zu nehmen, daß der Görge diese
Aeußerung gemacht habe. (Bewegung.)

Der weitans größte Theil der vorliegenden Aktenstücke ist im
Auslande erschienen und in Deutschland mit Ausschluß der Deffent-
lichkeit verbreitet und eigentlich nur der Polizei bekannt. Ich nehme
gar keinen Anstand, zu erklären, daß die Polizei in Berlin und
anderwärts weit mehr Exemplare der Blätter zu ihrer eigenen
Information bezieht, als die sozialdemokratische und anarchistische
Partei in Deutschland zusammen. (Sehr gut! links.) In diesem
Material ist überhaupt nur das Sozialistengesetz schuld. Ohne
dasselbe wäre die vielberühmte „Freiheit“ nie ins Leben gerufen.
Mögt hätte nie im Auslande seinem „excentrischen“ Wesen so die
Zügel schießen lassen können, wie er es ohne jede Autorität und
Kontrolle gethan hat. Dazu kommt, daß eine größere Zahl der
Nummern der „Freiheit“ aus dem Jahre 1879 datirt. Andere
Blätter sind nur in ein oder zwei Exemplaren erschienen, dann
nicht mehr. Herr v. Köller hat gestern eine Nummer der „Mache“
vorgezeigt, was das für ein gefährliches Blatt sei. Ich habe das

Blatt auch in die Hand genommen; es ist in London von dem Klub „Autonomie“ herausgegeben worden. Das verrät sich für jeden Sachkenner deutlich dadurch, daß auf der Rückseite der Blätter, auf denen die „Autonomie“ gedruckt ist, ganz ruhig steht: K. K. Hofbuchdruckerei in Wien. (Große Heiterkeit.) Auf einer anderen Nummer der „Mache“ ist ganz gemüthlich als Bruder angegeben: Drucker der „National-Zeitung“ in Berlin. (Große Heiterkeit.) Jeder weiß, daß das Fupperei und Hänsel ist, und aber, dem Reichstag, werden solche Dinge mit dem größten Ernst von der Welt als Beweistücke angeboten. Das, was in diesen Blättern ausgesprochen ist, kann auch ohne die Vorlage verfolgt werden, wenn die Verbreiter erfaßt werden, denn das ist die Hauptsache: auch in Berlin hängt man genau so wie in Nürnberg, felsen, man habe ihn denn zuvor. Da wird uns eine Stelle eines Flugblattes aus dem Jahre 1889 vorgeführt, welche in einem Hochvertragsprozeß vor dem Reichsgericht eine Rolle gespielt hat, verweigert wird uns aber, daß die betreffenden Verbreiter zu schweren Nachstrafen verurtheilt worden sind; nicht bloß auf Grund des § 112 u. f. w. sondern auch wegen Hochvertrags. Auf diese Weise qualifiziert sich eine ganze Reihe von Nummern der verführerischen Art. Das zweite Aftenstück „An die Arbeiter im Soldatenros“ hat ebenfalls in dem Reichsgerichtsprozeß von 1892 zur Verurtheilung der Angeklagten zu mehrjährigen Zuchthausstrafen geführt. Auch das wies Ihnen nicht gesagt; abermals soll vielmehr das Aftenstück dazu dienen, auch die jetzige Regierungsvorlage zu rechtfertigen. Mehr als das! Es wird sogar erwähnt, daß die Verbreiter des Flugblattes dadurch zur Verantwortung gezogen sind, daß sie ein Exemplar desselben an Palm gegeben hatten. Wer ist Palm? Palm ist ein Polizeispitzel seit 10 Jahren. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Palm war schon in das Niederwald-Denkmal-Aktenstück verwickelt, er war von allen damals geplanten Schritten unterrichtet, hat mit Reinsdorf und Demolich unter einer Decke gesteckt. Gerade dadurch, daß der Kerl sich fortgesetzt unter den Leuten bewegt, den Anstoß giebt, daß sie sich berartige Druckschriften kommen lassen, und sie dann heimlich in seiner Eigenschaft als Spitzel denunziert, ist es möglich gewesen, die Verbreiter zu belangen. Nun das Gedicht „Wie man's macht“, von Freiligrath. Der Kriegsminister ist ja mit seinem Urtheil schnell fertig gewesen: Das Gedicht müsse ohne Rücksicht auf die Person des Verfassers wegen seines strafbaren Inhalts verfolgt werden. Ich stelle hier ganz und gar auf dem Boden des Kriegsministers. Wird dieses schöne Gedicht auf einem Flugblatt verbreitet, dann ist der Verbreiter strafbar; aber in der Cotta'schen Volksausgabe kann dasselbe ganz ruhig in Tausenden von Exemplaren verbreitet werden, ohne daß ein Staatsanwalt die Anklage erhebt. Wozu brauchen Sie da den § 112 der Vorlage? (Nebner zittert den Schluß des Gedichts.) Das ist 1845 geleistet worden. Wird es heute auf einem Blatt Papier gedruckt und verbreitet, so verfällt der Verbreiter unweigerlich dem Hochvertrags-Paragrafen, genau so wie das Gedicht aus einer Anthologie von „Vorwärts“, in der viele hundert Gedichte enthalten waren, von der Polizei konfisziert und herausgeschnitten wurde, weil man einfach dasselbe als Hochvertrags qualifiziert. Das hat die Polizei getan, und wenn es nun gar wie hier als Flugblatt gedruckt in Kasernenhöfen verbreitet und dem Militär in die Hand gegeben wird, dann doch erst recht. Auch die angeführte Anarchistenbibliothek kann auf Grund des heute geltenden § 112 gefaßt werden. Das Material bezieht sich auch auf Äußerungen des Redakteurs Hoch in Frankfurt a/M., unjeres Parteigenossen. Es wird gesagt, seine Äußerungen hätten nicht verfolgt werden können. Aus den Akten, die wir uns haben kommen lassen, geht im Gegentheil hervor, daß die Staatsanwaltschaft und die Anklagammer des Landgerichts und Oberlandesgerichts den Hoch außer Verfolgung gesetzt haben, weil die Äußerungen allerdings als strafbar hätte angesehen werden können, aber gewisse Nebenumstände dazu führen mußten, die Straflosigkeit zu verneinen. Die Aufforderung, man solle den Vorgesetzten einen Stalleimer an den Kopf werfen, ist ja die Aufforderung zur Körperverletzung, also zu einem Verbrechen, daß schon anderweitig getroffen wird. Dazu brauchen wir keinen neuen § 112. Dasselbe trifft auch auf die Auszüge aus der „Freiheit“ von Johannes Most zu. Was die Vorlage aus „Urwälders Haus- und Kesselpater“ zur Begründung des § 112 ins Feld führt, muß doch jedenfalls als eine Travestie auf die Sozialdemokratie und nicht als eine Aufreizung des Militärs erscheinen. Das hätte auch der Beamte, der das Material zusammengestellt hat, aus dem sonstigen Inhalt des Gedichts „Der Zukunftsstaat“ ersehen müssen. Daraus ergibt sich, daß es sich darum handelt die Sozialdemokratie zu verhöhnen, desgleichen aus dem Gedicht, in dem die Reichstagsauflösung verlangt wird. In dieser Materialzusammenstellung zeigt sich ein solches Maß von Leichtfertigkeit, oder gar von Gewissenlosigkeit, daß der betreffende Beamte, der damit gewissermaßen den Reichstag hintergehen will, wegen Unbrauchbarkeit oder Unwürdigkeit so rasch als möglich aus seiner Stelle verjagt werden müßte.

Es ist charakteristisch, daß man von einer Reihe von Flugblättern, die in einer großen Zahl von Kasernen vertheilt worden sind, keine Ahnung hatte, wer sie verbreitet hat. Können Sie den Verbreiter nicht erwischen, so müßt auch der neue § 112 nicht. Es sind das alles Flugblätter, die im Ausland erschienen sind, für die kein Mensch in Deutschland verantwortlich gemacht werden kann, mit denen niemand von uns auch nur das geringste zu thun gehabt hat. Sie können nach Deutschland hereinfliegen, wofür ja die willigen Boten des Herrn v. Stephan sorgen. Wer hinter allen diesen Dingen im hohen Grade steckt, weiß man ja längst. Der Klub „Autonomie“ in London, der das Blatt „Autonomie“ herausgibt, schickt seine Preßerzeugnisse an die ihnen bekannten Adressen. Es kommt gar nicht darauf an, daß das, was sie verschicken, an die richtige Adresse kommt, sondern nur darauf, daß es überhaupt an eine Adresse kommt, daß sie die Leute ärgern, daß sie etwas thun, was ihnen Spaß macht. Diese Art Leute senden jene Produkte, die sie entweder selbst fabricieren oder fabricieren lassen durch Andere, an solche, die dafür sorgen, daß sie in gewisse Hände fallen, und daß die Regierung den Fall entsprechend fruktifizieren kann. So ist es im Jahre 1879 von London aus dem Feldwebel Sperling von der dritten Kompagnie des 94. Regiments in Weimar unter Kreuzband ein Exemplar der „Freiheit“ zugesandt worden, und nun thut man wunder wie gefährlich diese Sache sei. Ich glaube, innerlich lachen die Herren doch über diese Art der Militäragitation. In einem anderen Falle wird ein Exemplar der Zeitung „Der Hunger“ ebenfalls unter Kreuzband in ein paar Blätter der „Times“ gewickelt, einem Feldwebel zugehant. Daß der Feldwebel die „Times“ nicht lesen kann, ist selbstverständlich. Daß etwas anderes dahinter steckt, weiß auch Jeder. Daß solche Art von Agitation gar keinen Sinn und Verstand und auch keine Wirkung hat, muß doch Jedem klar sein. Kommen die Blätter als Kreuzbänder an, so gelangen sie ja überhaupt nicht in die Hände der Soldaten, und läßt der Hauptmann die Blätter in ihre Hände gelangen, dann weiß der Soldat genau, daß das geschieht, um ihn auf die Probe zu stellen, und sobald er sieht, was er für ein gefährliches Blatt in Händen hat, eilt er zum Hauptmann und sagt: Herr Hauptmann, ich weiß nicht, wie ich zu diesem Blatt gekommen bin. Nichts ist doch leichter, als vom Auslande her sich verbotene Blätter in Briefform schicken zu lassen. So gut wie die Post oder Polizei fühlt, daß eine Zeitung im Brief ist, so gut fühlt es auch der Hauptmann. Von dieser Agitation bleibt als Wirkung nichts übrig als die leere Remonance. Mit alledem sage ich der Regierung, namentlich der Militärverwaltung, nichts Neues. Die Herren wissen es so gut wie wir, daß hier nur äußerer Schein vorliegt. Wenn Flugblätter auf dem Kasernenhofe vertheilt werden, so bekommt der Soldat den Inhalt nicht einmal zu sehen, geschweige zu lesen.

Was wird nicht alles als Agitation in der Kaserne

angesehen? Bei einem Reservisten wurde eine Nummer des „Vorwärts“ in der Kaserne gefunden. Der Hauptmann hat deswegen vor verammelter Kompagnie eine Rede gehalten, worin er die Mannschaften nachdrücklich vor der staatsgefährlichen Agitation der Sozialdemokraten mahnte und diese verrückte Partei heftig anklagte. Der Mann, der offenbar Sozialdemokrat ist, hat sich darüber geärgert und schreibt, nachdem er wieder entlassen war, an den Hauptmann in ganz ruhigen Tönen, er hätte sich die Rede ersparen können, denn zwei Drittel seiner Kompagnie seien Sozialdemokraten und im Bataillon wäre wohl dasselbe Verhältnis vorhanden. Außerdem legt er gegen die Bezeichnung der Sozialdemokraten als Wagnisbrüder Verwahrung ein. Und das wird auch als Material für den § 112 der Vorlage verwertet! In den Akten befindet sich auch eine jener Akten, ein Schein-Hundertmarktschein — wie sie bei den letzten Wahlen tausendfach verbreitet wurden, die auf der einen Seite die Aufschrift: „Hundert Mark Reichswährung“, auf der andern Seite irgend eine Kessame oder wie bei den Wahlen das Programm irgend einer Partei enthalten. Diese Blätter sind ganz ruhig massenhaft vertheilt worden und können auch sehr wohl in der Nähe einer Kaserne gefunden worden sein. Auf einem solchen war Valthasar Kramer, Restaurateur in Darmstadt, als sozialdemokratischer Kandidat angegeben. Das hat ein Soldat gefunden und in die Kaserne mitgenommen. Und auch dieser Vorgang soll für den § 112 verwertet werden.

Schon auf Grund des geltenden § 112 ist von einem Verzicht in Gotha ein Mann zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden, weil er einem Verwandten, der als Soldat krank im Lazareth lag, zur Unterhaltung ein Blatt mitgebracht hatte, in welchem ein Artikel über die bekannten vorläufigen Todesmärche der Truppen enthalten war. Würde der neue Paragraf Gesetz, so würden derartige Verurtheilungen so massenhaft werden, daß eine Kritik der Armee unmöglich wäre. Die Armee aber ist eine der wichtigsten Institutionen, sie geht unser ganzes Staats- und Gesellschaftsleben so nahe an. Jahr für Jahr ziehen über eine halbe Million Männer beim Militär und dieselben sind durch Tausende von Beziehungen mit der Bevölkerung auf das Engste verknüpft. Das Heer muß kritisiert werden können. Die Kritik ist notwendig, wie sollte denn sonst auf die Abstellung von Mängeln darin eingewirkt werden können? Daß solche Mängel vorhanden sind, bestreitet doch selbst der Kriegsminister nicht. Man hat uns heute wieder die Armee als ein großes sittliches Institut hingestellt, und wenn man noch so viel Beweise des Gegentheils brächte, man muß verwarnt werden, weil man wagt, an dieses wohl me turgere zu rühren. Ich empfehle dem Herrn Kriegsminister eine Neufassung des bekannten Warnungspredigers Frommel, die in einem Vortrag „Die Sittlichkeit auf dem Lande“, gehalten in Kolmar am 28. September 1892, zitiert worden ist: „Unser Heer, eine Schule der Tugend, wird leicht zu einer Schule der Unzucht“, heißt es da ungefähr. Wenn das ein Sozialdemokrat ausgesprochen hätte! Des weiteren werden so unverschämte Erklärungen hinzugefügt, daß ich sie mit Rücksicht auf gewisse Anwesende im Saale nicht zu wiederholen wage. Zu Koblenz soll am Abendante am Hauptmann seiner Kompagnie gesagt haben: amstitt Euch heute Abend, und macht unnehme Ausführungen, die ich ebenfalls nicht wiedergeben kann, welche in der schamlosesten Weise die Leute zur Unfittlichkeit anzuregen. Angefichts solcher Thatsachen, sollte man sich hüten, einer Vorlage wie dieser zuzustimmen. Rudolf v. Gottschall ist heute eine Staatsräule, und was hat er seiner Zeit geschrieben?

Du sollst der Werber Ruf nicht hören,
Die untreue Volks schlachten Sinn beiführen.
Wirf ihnen den schweben Sold in's Gesicht;
Zum Bruder mörder verding Dich nicht!
Die Sklavenjagd zieh nimmer an,
Bleib ein Mann des Volkes, ein freier Mann!
Des Königs Befehl, sein blut'ges Gebot
Veracht es im Leben und im Tod!

Sie alle, das ganze Völkergesam, welches heute so staatsfrenbig ist, so ruhig, so anständig, höflich sich benimmt, und nur Hohn und Spott für die Arbeiterklasse hat, die revolutionär ist und sich empört, haben einmals von den rothesten, blutgetränktesten Phrasen getrieft. Nun lesen Sie ein Mal die drei schönen neuen rothen Lieder, gemacht in diesem Jahr von August Braß, wovon das dritte betitelt ist: „Die drei Jäger aus Böhmerland“, die Robert Blum auf der Wittgenau erschossen haben und denen das Gewissen schlägt, die das Gebot verstoßen, das der Kaiser gegeben, und von denen der Letzte das Gewehr mit zwei Kugeln labet, um einen Kaiserschuß damit zu begeben u. u. Nun ist ja vorläufig nach den Erklärungen des Kriegsministers keine Gefahr vorhanden, daß die Kommissions- oder Regierungsvorlage Annahme findet. Aber da das, was zu dieser Vorlage geführt hat, in den Dingen, die noch kommen werden, jedenfalls wieder eine sehr große Rolle spielen wird, so habe ich mich genöthigt gesehen, das zu Ihnen zu sprechen, was ich gesprochen habe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Osann (nat. lib. — kehrt der Tribüne beständig den den Rücken zu und ist deshalb äußerst schwer zu verstehen.) weist darauf hin, daß seine Partei immer den Grundsat vertreten habe, daß den Bestrebungen auf gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit größeren Nothmitteln entgegenzutreten werden müßte. Sie hätten aber keineswegs nach einem Umsturzgeschrei gerufen, sondern vor allen den Zusammenstößen aller bürgerlichen Elemente als notwendig betont. Was die Vorlage betreffe, so stehe seine Partei auf dem Standpunkt, daß man immer das Beste erstehen müßte. Das Beste sei aber in diesem Falle die Regierungsvorlage. Das Material, das im Berichte aufgeführt sei, möge dürftig erscheinen, mit ihm allein solle aber die Vorlage auch nicht begründet werden. Daß das Bestehen, in die Armee einzubringen, auf sozialdemokratischer Seite vorhanden sei, könne auch Herr Bebel nicht leugnen. Seine Freunde würden daher, da die Regierung darauf Gewicht zu legen scheine, was er allerdings gern noch präzisier erklärt hören möchte, für den § 112 der Regierungsvorlage stimmen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Vorredner wünscht noch eine präzisier Erklärung über unsere Stellung. Ich habe dieselbe zwar schon abgegeben, wiederhole aber gern, daß ich persönlich die Regierungsvorlage entschieden vorziehe. Im Namen der verbündeten Regierungen bin ich allerdings nicht in der Lage, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Im Namen des preussischen Kriegsministers erkläre ich dagegen gern, daß ich die Regierungsvorlage für besser halte.

Spahn (Z.): Ich glaube doch feststellen zu sollen, daß während der ganzen langen Dauer der Kommissionsberatungen weder der Kriegsminister, noch ein Vertreter desselben die Kommissionsbeschlüsse irgendwelche Bedenken erhoben hat. Wir haben also keinen Anlaß, von diesen Beschlüssen abzuweichen und wir werden daher auch gegen den Antrag Spahn und Gen. stimmen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Niederding: Der Vorredner scheint von der Voraussetzung auszugehen, daß wir uns anheischig gemacht hätten, die Beschlüsse der Kommission zur Annahme zu bringen. Wir haben aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß dieselben uns nicht konvenierten. Wir haben sie für Diskutabel erklärt, aber doch keinen Zweifel gelassen, daß wir die Regierungsvorlage für besser halten. Dabei gingen wir von der Voraussetzung aus, daß § 111 in einer für uns annehmbaren Fassung zu Stande komme. Immer aber haben wir an unserer Fassung festgehalten. Von einem Wechsel in unserer Stellungnahme kann also keine Rede sein.

Generaladjutant Ittenbach: In dem Kommissionsbericht ist ausdrücklich ausgesprochen, daß ich gegen die Fassung des Antrags Groebes (§ 112) schwere Bedenken habe. Ich habe allerdings in demselben ein Entgegenkommen des Centrums gesehen, mich aber für nichts verbunden erklärt.

Abg. Spahn weist demgegenüber darauf hin, daß § 112 in der zweiten Lesung in der Kommission ohne Debatte angenommen worden sei, dort hätte der Staatssekretär oder Kriegsminister seine Bedenken vorbringen sollen. Da dies nicht geschehen, habe man annehmen müssen, es seien keine Bedenken vorhanden.

Staatssekretär Niederding erwidert, zu der letzten Annahme sei keine Berichtigung vorhanden, die Vertreter der Regierungen hätten keine Verpflichtung, die Bedenken wiederholt geltend zu machen.

Abg. Spahn bedauert diese Bemerkung und ebenso, daß der Kriegsminister nicht in der Kommission zu dem § 112 das Wort genommen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erklärt diesen Angriff für unberechtigt. Er könne nicht jeder Kommissions-Fassung beivohnen.

Abg. v. Harbord (Reichsp.) erklärt, seine Freunde würden für die Regierungsvorlage stimmen.

Abg. Graf Moon (Z.): Ich glaube zwar nicht, daß etwas auf dem Boden der Regierungsvorlage zu Stande kommt. Ich muß aber doch etwas auf die früheren Reden entgegnen. Herr Bebel sagt immer, sie wollten kein gewaltthätiges Vorgehen. Damit stimmt es doch aber nicht, daß er und sein Freund Auer immer die Märztage von 1848 glorifiziert. Für uns bleibt das Jahr 1848 ein Jahr der Schande (Doh! links) und die Märztage ein schändliches Blatt in der Entwicklungsgeschichte Deutschlands. (Doh! links und Lachen links.) Die Sozialdemokratie kann auch jetzt nicht dafür bürgen, daß es zu keinem Konflikt kommt; die Wogen werden über die Köpfe hinweggehen! (Widerspruch links.)

Abg. v. Leveyow (Z.): § 112 der Kommissionsbeschlüsse gefällt den Konservativen sehr wenig; ihnen gefällt die Regierungsvorlage besser. Heute de mieux würden sie gleichwohl für die Kommissionsbeschlüsse haben stimmen können, wenn die Regierung erklärt hätte, daß sie ihr genehm seien und wenn § 111 in einer uns genehmen Form zu Stande gekommen wäre. Da beides nicht eingetreten, stimmen wir gegen den Kommissionsantrag und für die Regierungsvorlage. Dies zu erklären, war ein Auftrag meiner politischen Freunde.

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Hausmann zieht seinen Antrag zurück.

Zu der Abstimmung wird zunächst der § 112 nach den Kommissionsbeschlüssen gegen die Stimmen des Centrums und der Polen, alsdann § 112 der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. Richter (Zentr.): Zur Geschäftsordnung schlägt manmehr vor, die weiteren Paragrafen der Reihe nach ohne Diskussion kurzerhand ebenfalls abzulehnen.

Abg. Frey v. Manteuffel (Z.) erklärt diesmal in der angenehmen Lage zu sein, dem Vorredner beistimmen zu können. (Große Heiterkeit.)

Der Rest des Gesetzes wird dementsprechend ohne jede weitere Debatte, nachdem die noch vorliegenden Anträge zurückgezogen, gegen ganz geringe Minderheiten unter sich fortgesetzt steigender Heiterkeit abgelehnt.

Die zur Vorlage eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Präs. v. Buol: Die Vorlage ist in allen ihren Theilen abgelehnt. (Lebhaftes Bravo links.)

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Vorlage betr. das Zoll-faktell mit Oesterreich-Ungarn; mehrere kleinere Vorlagen; zweite Lesung der Tabaksteuer-Vorlage).

Schluß 5 1/2 Uhr

Politische Mundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Die Umsturzvorlage ist am Sonnabend in allen ihren Theilen in zweiter Lesung abgelehnt worden. Mit lautem Beifall wurde dieses Resultat auf der ganzen Linken des Hauses begrüßt. Ein Schlachten wars, nicht eine Schlacht zu nennen. Nachdem nämlich der § 112 der Vorlage ebenso wie der § 111 abgelehnt war, entschloß man sich, die übrigen Paragrafen des Gesetzes ohne jede weitere Diskussion zu verabschieden. Alle Abänderungsanträge der Konservativen wurden von diesen, da sie die Aussichtslosigkeit ihres Bemühens eingesehen hatten, unter klümmlicher Heiterkeit der Linken zurückgezogen. Heißa juchhei! ging es von einem Paragrafen zum Andern, alle verschwanden sie in der Verfertigung auf Nimmerwiedersehen. Denn, da von der ganzen Vorlage nicht ein Tipfchen übrig geblieben ist, kommt es nicht einmal mehr zur dritten Lesung. Es war ein Begräbniß dritter Klasse, ja nicht einmal dritter Klasse, nein, die Beerdigung einer Cholera-Beiche, die sich am Sonnabend Nachmittag fünf Uhr vollzog. Die Abgeordneten flohen eiligst aus dem Saale, nur der Reichskanzler Fürst Hohenlohe blieb mit seinem getreuen Köhler und den Herren Schönstedt und Bronsart v. Schellendorff noch im Saale zurück und hielt eifrige Zwiegespräche mit ihnen. Dann setzte er sich hin und schrieb eine amtliche Depesche. Der Adressat auf dieser Depesche wird keine besondere Freude über ihren Inhalt empfinden, das Volk aber wird erleichtert aufathmen, ist doch, wenigstens für einige Zeit, ein Alp von ihm genommen. Freilich, über die Parole der Zukunft wird man in den Reihen unserer Genossen nicht in Zweifel sein. Bald wird es ja heißen: Das Umsturzgesetz ist todt, es lebe das Ausnahmegesetz.

Zu der Branntweinsteuer-Kommission des Reichstages wurde Freitag die Berathung der Novelle fortgesetzt. Nachdem Donnerstag die Staffellung der Brennsteuer, sowohl in der Fassung der Regierungsvorlage, wie auch nach der Formulierung, die von anderer Seite vorgeschlagen, abgelehnt worden, wurde die Staffellung nach einem von den Vertretern der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen, des Centrums und der Polen gemeinsam eingebrachten Antrage angenommen. Der Rest des Gesetzes gelangte sodann nach der Regierungsvorlage zur Annahme. Das ganze Gesetz wurde schließlich mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen, vorbehaltlich der Abstimmung in zweiter Lesung, welche am 15 Mai erfolgen soll.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages beendete die erste Lesung und trat sodann in die zweite. Der sozialistische Antrag über Engagementsverhältnisse am Theater wurde der Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen.

Bürgerliches Gesetzbuch. Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches hat ihre Thätigkeit wieder aufgenommen und wird zunächst den Entwurf zweiter Lesung, wie er aus den

si zehrigten Beratungen hervorgegangen ist, behufs seiner endgültigen Feststellung noch einer kurzen sachlichen Nachprüfung unterziehen.

Eine Verschärfung des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts will Köller baldigst als Ersatz für das Umsturzgesetz einführen. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, wird augenblicklich in den betheiligten Ressorts an der Fertigstellung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs, dessen Grundzüge schon früher aufgestellt waren, mit ganz besonderem Eifer gearbeitet. Der Entwurf solle noch in dieser Tagung dem Landtage zugehen. Daraus könnte man entnehmen, daß die preussische Regierung sich auf eine Ablehnung der Umsturzvorlage gefaßt macht. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß sie sich in dieser Annahme nicht täuscht. Wenn aber Köller glaubt, mit dem neuen Entwurf der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, so täuscht er sich.

Mit einer bedingten Verurteilung, welche bekanntlich in Belgien Eingang gefunden hat, versucht die sächsische Justizverwaltung in der Form Eröffnungen zu sammeln, daß sie die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen hat, in allen Fällen, in denen jugendliche, d. h. solche Personen, die zur Zeit der That noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten, zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, zu prüfen und Entschliebung zu fassen, ob wegen Ermittlung eines längeren Aufschubs der Strafvollstreckung zum Zwecke der Ermöglichung einer Bewährung durch gute Führung Bericht an das Justizministerium zu erstatten sei. Stellt sich nach Ablauf der vom Justizminister gewährten Frist heraus, daß der Verurteilte wesentlich sich gebessert hat, so wird er dem König zur Begnadigung empfohlen. Ausnahmsweise sollen diese Bestimmungen auch gegenüber Erwachsenen Anwendung finden, und sofern ganz besondere Umstände es angezeigt erscheinen lassen, daß schon die Erhebung der öffentlichen Klage ausgesetzt werde, so soll das Verfahren sinngemäße Anwendung finden. Das ist endlich einmal, etwas Vernünftiges, was man aus Sachsen hört.

Zwang und Prämien! Der Wortführer der deutschen Reichspartei, Herr von Stumm, getreuer Waffenbruder, der Landrath von Rardorff, hat am 5. Mai die Wünsche des Großbürgertums haarscharf und freimüthig formuliert, ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie ist das Ziel der kapitalistischen Sehnsucht. Und wenn der Silberredner von den „frivolen Streiks“ sprach, gegen die er in Wehr und Waffen den Staat, die geistliche und die weltliche Gendarmerie, Mütter und Strafrichter, Kerkermeister und Schutzmann aufrief, so versteht er und mit ihm die Bourgeoisie darunter die gesammte soziale Bewegung der arbeitenden Klasse. Nur die rohen Werkzeuge mechanischer Gewalt dünken den Parteien von „Bildung und Besitz“ das Allheilmittel zu sein, und die positive Sozialpolitik der oberen Bejahntausend reduziert sich auf die bleierne Sprache der Achtmillimeterigen und die logische Wucht des Gummischlauchs. Wie steht es denn um die Partei des mobilen Großbesitzes? In einer ihrer letzten Ausgaben pläbirt die „Nationalzeitung“ dafür, daß der Staat, die Gemeinde, das Publikum, d. h. die zahlungsfähige Tugend in gestricktem Unterjäckchen, den Streikbrechern, die verrätherisch ausständigen Kameraden in den Rücken fallen, „pekuniäre Vortheile“ gewähre, auf daß „den Aufwieglern“ das Handwerk gelegt werde. Der Streit der Pariser Omnibusangestellten ist es, der der „Nationalzeitung“ diese vom „Temps“, dem Organ der französischen Kapitalisten, empfohlene Maßregel empfehlenswerth erscheinen läßt. Was bedeutet der freie Arbeitsvertrag, was das gesetzlich gewährleistete Recht auf Lohnkämpfe, auf eine Wirksamkeit für bessere Arbeiterzustände gegenüber dem blöden Hass der Herrschenden gegen jeden Versuch der Arbeiter, sich auch nur vor allzu schmählicher Auswucherung ihrer Arbeitskraft zu schützen. So verhandelt ist schon die Weltanschauung des liberalen Bürgertums, daß sie die thörichtesten und unfruchtbarsten Vorschläge billigt. Die Prämien auf die Schmutzkonzurrenz und die Gewaltpolitik, dies ist das Ideal bürgerlicher Politik.

Der Aufschwung des Exports aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein sehr erfreulicher. Der Abschluß des Generalkonsulats Berlin für das erste Quartal 1895 verzeichnet — mit Ausschluß von Dresden, das jetzt ein eigenes Generalkonsulat erhalten hat — für Norddeutschland einen Export von 12908702 Doll. gegen 8800854 Doll. im entsprechenden Vierteljahr 1894, mithin eine Zunahme von 4107818 Doll. oder rund 17 1/4 Mill. Mk. Dazu kommen nach den Informationen der „Nat.-Ztg.“ noch 9 Mill. Zunahme aus den Generalkonsulaten Frankfurt a. M. und Dresden, so daß die Gesamtzunahme des Exports in den Monaten Januar bis März 1895 gegen 27 Millionen Mark beträgt. Sie würde noch größer sein, wenn der Zucker nicht noch immer weit hinter den früheren Exportziffern zurückgeblieben wäre. Die sich von Tag zu Tag steigende Zunahme des Exports hält auch jetzt noch an. Aus der Stadt Berlin wurden in der Zeit vom 1. April 1895 bis gestern exportirt für 1589388 Mk.; in derselben Zeit des Vorjahres für 1069170 Mk., also in 38 Tagen rund 600000 Mk. in diesem Jahre mehr. Es wird dem genannten Blatte von unterrichteter Seite wiederholt bemerkt, daß diese Steigerung des Exports mit dem veränderten amerikanischen Zolltarif so gut wie nichts zu thun hat. Die Gründe sind vielmehr fast ausschließlich in der Wiederbelebung des amerikanischen Marktes zu suchen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Geschichte aus Galizien. In der Stadt Saybusch, die nicht in Asien, sondern in Galizien liegt,

dürfen seit alten Zeiten keine Juden wohnen. Ein Jude, der in der inneren Stadt einzieht, wird geplündert und mißhandelt. Unser Genosse Dr. L., der zufällig jüdischer Abstammung ist, trat unlängst einen Posten in Saybusch an, und da er die Geschichte vom Judenverbot für ein Märchen hielt, wollte er die Wahrheit der Legende erproben und bezog eine Wohnung im Innern der Stadt. Schon am andern Tage wurde er auf das Gemeindeamt beschieden und der Polizeirevisor erklärte ihm, daß, wenn er sich nicht als Katholik legitimiren könne, das Haus, das er beziehe, demolirt und seine Habe zerstört werde. Dr. L. betrachtete es als einen schlechten Witz und verwies auf die österreichischen Staatsgrundgesetze, worauf ihm der Revisor entgegnete, die Sicherheitsbehörde in Saybusch sei ohnmächtig gegen das „Gewohnheitsrecht“ des Volkes. Wirklich rotteten sich am 4. d. Mts. um 7 Uhr Abends schon große Mengen vor der Wohnung des Dr. L. zusammen. Der Gendarmeposten, der gegenüber gelegen ist, sah diesem Treiben ruhig zu. Dr. L. schloß das Hausthor und ging durch ein Hinterpförtchen fort. Auf ein gegebenes Kommando begann die Stadtmusik zu spielen, die Leute erhoben ein Jubelgeschrei und stürmten auf das Haus los. Sie drangen durch einen Garten in den Hofraum, zertrümmerten die Thüren und Fenster und plünderten dann zunächst die Wohnung des Hausherrn. Da der „Jude“ nicht zu finden war, drangen die Leute, unter denen auch städtische Feuerwehrmänner mit Hacken waren, in das Zimmer des Dr. L., zertrümmerten Bett, Kasten, Tisch und Sessel, mit vandalischer Wuth wurden Bücher und Kleidungsstücke zerrissen. Dann zogen sich die Sieger unter den Klängen der Musik zurück und feierten ein Siegesfest. Alle die Vandalen sind lauter stimmberedigte Bürger gewesen. Die Gendarmerie und die Polizei assistirten während des ganzen Aktes, waren aber zu „gemüthlich“, um einzuschreiten. Am andern Tage befahl die Polizei, die Spuren zu verwischen, aber Dr. L. richtete eine telegraphische Beschwerde an das Ministerium und an die Staatsanwaltschaft und erzwang auf diese Weise einen Lokalauflösungsschein. Solche Fälle haben sich in Saybusch schon mehrmals ereignet, doch wurden sie jedesmal vertuscht. Vielleicht gelingt es jetzt, den barbarischen Zuständen in Galizien ein Ende zu machen.

(Wiener „Arbeiter-Ztg.“)

Dänemark.

Kopenhagen. In der letzten Zeit sind nach der „Frei. Ztg.“ in den größeren Provinzstädten Dänemarks von einer Anzahl Staatsbeamten, zum Theil sehr hoch gestellten, große Unterschlagungen und Betrügereien verübt worden. Mehrere Direktionen öffentlicher Sparkassen haben sich, um der Verhaftung zu entgehen, das Leben genommen, andere sind geflüchtet. Ein hiesiges Blatt hat berechnet, daß in den Jahren 1885—1893, in welchen das „provisorische“ System herrschte, die öffentlichen Kassen durch Staatsbeamte um 2 1/2 Mill. Kr. bestohlen worden sind. Es ist nicht uninteressant, dies zu konstatiren in einer Zeit, da die sogenannten „Stützen“ der Gesellschaft so gewaltig gegen die „Umsturzpartei“ agitiren. Diese „Stützen“ scheinen wirklich recht faul zu sein.

Lübeck und Umgegend.

13. Mai.

Parteilitteratur. Aus den Reihen der Parteigenossen sind vielfach Wünsche ausgedrückt worden, auch die zweite Berathung der Umsturzvorlage in Broschürenform den weitesten Parteikreisen zugänglich zu machen. Die Wichtigkeit der Materie und der bisherige Verlauf der Debatte lassen diese Herausgabe angebracht erscheinen. Es wird deshalb Heft 3 der Umsturzbrochure, das unter anderen die Reden von Auer und Bebel enthält, bereits am nächsten Donnerstag zum Preise von 10 Pf. zur Ausgabe gelangen. Um die Auflage feststellen und damit rascheste Lieferung bewerkstelligen zu können, bitten wir die Bestellungen umgehend an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Beuthstraße 2, Berlin SW., gelangen zu lassen.

Der Frochmäuserkrieg zwischen Senat und Bürgerschaft ist durch Ausspruch der Entscheidungskommission beigelegt; ob für immer, das steht auf einem anderen Blatte. Unsere Bürgerschaft ist auf die Lotterie viel zu sehr verfallen. Bekanntlich war die Kommission am 29. April auf Grund § 75 der Verfassung eingesetzt. Der Ausspruch dieser Kommission wurde nun in der gemeinsamen Sitzung des Senates und der Bürgerschaft am Sonnabend veröffentlicht und verlesen. Nach diesem Beschlusse der Kommission ist der Antrag der Bürgerschaft ins Wasser geplumpt. Die Senatsanträge, welche zur Deckung des Fehlbetrages gestellt waren, sind dagegen angenommen. Dieselben lauten:

- 1) auf Erhebung eines Zuschlages von 25 pCt. zur Einkommensteuer von allen nach dem Gesetz vom 27. Mai 1889 steuerpflichtigen Einkommen über 1200 Mk.,
 - 2) auf Anweisung eines Betrages aus der Kasse der städtischen Gemeindeanstalten aus den im Voranschlage 1895/96 Kap. XII für unvorhergesehene Ausgaben ausgeworfenen Gelder zum Betrage von 70000 Mk.,
 - 3) auf Anweisung eines Betrages bis zu 66261,23 Mk. auf die Reservekasse.
- Durch dieselben wird nunmehr das Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1895/96 zum Abschluß gebracht. Natürlich ist der 25prozentige Zuschlag, den wir nicht wieder los

zu werden scheinen, auch darunter. Man hat sich verdammt gehütet, die größeren und größten Einkommen stärker heranzuziehen. Wir begrüßen es vorläufig mit Freuden, daß wenigstens die Lotterie abgelehnt ist. Ueber die Heranziehung der größeren Einkommen läßt sich später eher reden. Kommt Zeit, kommt Rath.

Senatswahl. An Stelle des verstorbenen Senators Dr. Kulenkamp wurde heute der Erste Staatsanwalt Dr. Schön zum Senator gewählt. Alle drei Wahlkammern hatten sich für seine Person entschieden.

Uebersahren wurde am Sonnabend Vormittag auf dem Ausstellungsorte ein dort beschäftigter Injasse des Arbeitshauses. Corrigenden füllen nämlich auf dem Ausstellungsorte die Löcher mit Schutt u. s. w. aus. Am Sonnabend ereignete es sich nun, daß ein älterer Corrigende, welcher einen Einspänner-Wagen fuhr, bei Durchfahren eines Schlagloches vom Wagen fiel. Das Unglück wollte, daß er unter die Räder kam und so gingen ihm diese über den Leib. Als das Unglück geschehen war, lag der arme Unglückliche längere Zeit in der glühenden Sonnenhitze. Als die in der Nähe beschäftigten Arbeiter nicht mehr mit ansehen konnten, wie sich der Arme in den Strahlen der Sonne vor Schmerzen wand, stellten sie eine Art Schutzdach von Brettern her. Von Seiten des Aufsehers war zuerst in Aussicht genommen, den Verunglückten auf dem abgeladenen Anstaltswagen zurückzuschicken. Als ihm jedoch von Seiten mehrerer Arbeiter darüber Vorhaltungen gemacht wurden, requirirte er einen Tragkorb. Inzwischen war natürlich mehr als eine Stunde vergangen, welche der Arme — es war „nur“ ein Corrigende — ohne ärztliche Hilfe hatte zubringen müssen. Ob ihm im Arbeitshause sofort solche zu theil geworden ist und ob der Arme seinen Verletzungen erlegen ist, entzieht sich natürlich unserer Kenntniß. Zu rügen ist noch, daß zum Transport des Verunglückten zu wenig Mannschaft vom Arbeitshause gestellt war. Leute, welche den Transport mitangesehen haben, erzählen uns, daß die Träger viel zu schwach waren, um den furchtbaren Schmerzen Leidenden zu transportiren. — Hoffentlich ist dieser Unglücksfall ein Fingerzeig, daß man so schnell als möglich für Tragkorb, Verbandzeug und Arzt auf dem Ausstellungsorte Sorge trägt. Bei der Hastigkeit, mit welcher die Ausstellungsarbeiten betrieben werden, sind Unglücksfälle unvermeidlich.

Diebstahl. In der Nähe der Moltkebrücke wurde einem Schlosser, welcher während der Arbeitszeit seine Sachen abgelegt hatte, ein braunfarbtes Jaquet, in dem ein grauebeines Halstuch, eine hölzerne Peise, eine Cigarrenspitze, ein Polster und ein Notizbuch steckten, gestohlen. Ueber den Verbleib der Gegenstände, sowie über die Thäterschaft fehlt jeglicher Anhalt.

Feuer. In nordwestlicher Richtung wurde von hier aus am Sonntag Abend zwischen 8 und 9 Uhr ein bedeutender Feuerschein bemerkt. Es wurde Anfangs vermuthet, daß das Feuer in Vorwerk wüthe. Die Lübecker Feuerwehr rückte denn auch in der Richtung nach dem Feuer aus,kehrte aber, nachdem von Schwartau aus mitgetheilt war, daß das Feuer in Al.-Mühlen sei, wieder um. Das Böttcher'sche Gewese ist zum größten Theil niedergebrannt; es sind 3 Scheunen und ein großer Theil des Wohnhauses ein Raub der Flammen geworden. Die Feuerwehren aus der Umgegend waren sämmtlich am Platze, um das entfesselte Element zu bekämpfen. Erst nach 1 Uhr gelang es, des Feuers Herr zu werden, wenigstens war um diese Zeit der Feuerschein von hier aus nicht mehr zu sehen. Ueber die Entstehungursache ist noch nichts Näheres bekannt.

Die silbernen Zwanzigpfennigstücke werden nach und nach von der Reichsbank zur Umschmelzung eingezogen. Um die Einziehung zu erleichtern und die kleinen Münzen aus dem Verkehr zu bringen, ist es wünschenswerth, daß sie nicht aus der einen Hand in die andere abgeschoben werden, sondern an den öffentlichen Kassen, wie z. B. beim Einkaufe von Freimarken bei der Post, mit in Zahlung gegeben werden, von wo sie in den Verkehr nicht mehr zurückgebracht werden.

Mün. „Die Tochter des Staatsanwalts“, ein Theaterstück, das überall aufgeführt werden darf, wird in unserem Orte, wo bekanntlich Eulenspiegel begraben liegt, als ein gefährliches Stück angesehen. Als es am letzten Sonntag bei einer Matinee aufgeführt werden sollte, verbot unser Herr Bürgermeister am Tage vorher die Aufführung.

Angeln. Was einem Lehrer alles zugemuthet wird, davon giebt der „Schl.-B.“ ein Beispiel: Eine Sensen- und Wecksteinfabrik in Wien versendet u. a. auch an „die Leitung der Volksschule in N.“ Druckfachen, enthaltend Bestellbriefe auf Sensen- und Wecksteine nebst Empfehlungsschreiben mit folgender „höflichen Bitte: „Sie werden höflichst erjucht, Bestellungen für uns (auf beifolgendem Bestellbriefe) zu sammeln und erhalten Sie für ihre Mühe „jede elfte Senze und jeden elften Weckstein gratis. Sollten Sie sich jedoch — wider Erwarten — damit nicht befassen können, alsdann belieben Sie gefälligst erhaltene Druckfachen an einen bekannten p. t. Lehrer u. s. w. abzugeben.“ (!)

Hamburg. Ein neuer Geschäftszweig ist hier in der Bildung begriffen. Aus Hamburger und Altonaer Geschäftsleuten und aus Fischern hat sich eine Gesellschaft gebildet, die etwa dreißig Fischerfahrzeuge gechartert hat, welche auf den Krabbenfang ausgehen sollen. Die gefangenen Krabben werden an mehreren Nordseehäfen abgesetzt, von den Bewohnern getrocknet und dann nach hier befördert, wo sie in Altona von der Firma J. G. Menes gemahlen und nach dem Innern Deutschlands als Futter für Forellen und Gelfische verschickt werden. Auch ver-

merket diese Gesellschaft den Fischrogen von solchen Fischen, die auf See ausgenommen werden. Früher wurde der Roggen von den Fischern über Bord geworfen, jetzt aber wird er in Tonnen gefasst und verpackt und kommt mit nach hier, wo er getrocknet und gemahlen wird. Das Geschäft soll für die Unternehmer ein sehr glänzendes sein, da sie ein sehr großes Absatzgebiet, hauptsächlich nach Süddeutschland, gefunden haben. Dieser Tage lief ein Auftrag auf Lieferung zweier Waggonladungen Fischfutter ein. Letzteres führt den Namen „Garnelenschrot“.

Hamburg. Uebermals setzt ein Mordversuch, der sich Donnerstag bei Boberg ereignete, die Bevölkerung der hiesigen Gegend in große Aufregung und giebt Veranlassung zu den abenteuerlichsten Gerüchten. Der Hergang ist folgender: Der 12jährige Sohn des Handelsmannes Rogmann, der früher in Boberg wohnte und vor Kurzem nach Billwärder a. d. B. verzogen ist, erhielt Donnerstag Nachmittag um 2 Uhr den Auftrag, Wäsche von einem Bleicher in Steinbek zu holen. An der Stelle, wo die Chaussee nach Havighorst abzweigt, trat ein Mensch von etwa zwanzig Jahren mit schwarzem Schnurrbart und angethan mit einem blauen Jaquetanzug an den Knaben heran, mit der Frage, ob er ihm nicht sagen könne, wie er nach Havighorst komme. Der Knabe gab dem Fremden bereitwilligst Auskunft und erbot sich auch, letzteren ein Stück Weges zu begleiten. Plötzlich überfiel der Mensch den Nichts ahnenden Knaben, warf ihn hin, würgte ihn und schleppte sein Opfer, das inzwischen die Besinnung verloren hatte, hinter einen Knick. Hier hätte der Mörder offenbar sein graufiges Werk vollendet, wenn ein vorbeifahrender Wagen des Fuhrmanns Geerds aus Altona ihn nicht aufgeschreckt und in die Flucht getrieben hätte. Der durch den Fuhrmann von dem Vorfall sofort benachrichtigte Ortsvorsteher Ohlen eilte mit einem Wagen an Ort und Stelle, hob den noch besinnungslosen Knaben, an dessen Hals man an beiden Seiten Spuren von Strangulationen wahrnahm, auf und bettete ihn auf seinen Wagen; dann spannte er das Pferd aus, schwang sich auf dasselbe und nahm mit einer Anzahl Chaussee-Arbeitern die Verfolgung des Mörders, der in der Richtung nach Wandsbek entflohen war, auf, aber leider ohne Erfolg. Den fast erwürgten Knaben transportirte Ohlen später zu einem Arzte in Hamm, der ihn wieder soweit herstellte, daß er noch am Abend das Haus seiner Eltern in Billwärder a. d. B. zu Fuß aufsuchen konnte. In der Nacht wurde die dortige Gegend, besonders die Boberger Sandberge, von etwa 20 Bewaffneten Landeuten

abgesucht, um eventuell dem Buben etwas „amerikanisch“ zu kommen; auch die Polizei-Organe entwickelten eine eifrige Thätigkeit, doch ist es bisher nicht gelungen, den Verbrecher zu ermitteln. (S. F.)

Neueste Nachrichten.

Zur Stichwahl in Weimar hat das Schlussergebnis die ersten Meldungen nicht bestätigt. Noch am Sonnabend berichtete das Wolff'sche Telegraphenbureau, daß der Sozialdemokrat Vaudert mit einer Mehrheit von 250 Stimmen gewählt worden sei. Am Sonnabend Mittag aber wurde als amtliches Resultat bekannt gegeben, daß der Konservative Reichsmuth mit 9556 gegen 9440 Stimmen gewählt worden ist. Noch einmal ist es also dem konservativ-agrarischen Kandidaten gelungen, in diesem Kreise durchzubringen. Ob Reichsmuth freilich bis zum Schluß der Wahlperiode das Mandat behalten wird, steht dahin, da mehrfach Anfechtungsgründe der Wahl berichtet werden. Im Jahre 1893 siegte bei der Stichwahl der konservative Kandidat mit 12,487 gegen 9791 sozialistische Stimmen.

Berichtliche Zwangsversteigerungen:

Mengstraße 28, Zimmer Nr. 22, Mittags 12 Uhr.

Grundstück.	Besitzer.	Termin.
Engelswisch 22, Charlottenstr. 20,	Burmeister, R. J. J.,	18. Mai.
Birkenstraße,	Griese R. F. W.,	18. "
Bedergrube 43,	Schmidt, J. F. W.,	18. "
Braunstraße,	Schiott, J. C. E.,	25. "
Fleischhauerstr.,	Habenbecker, J. G. M.,	25. "
Fadenb. Al. 56,	Roggenkamp, H. L.,	25. "
Petersilienstr. 10/1,	Breh, A. S.,	25. "
Ellerbrof 13,	Steffen, J. S.,	1. Juni.
Düff. Querstr. 16,	Mohns, R. S. G.,	1. "
Walenigstr. 10,	Dave, M. S. S.,	1. "
Uenimstraße 33,	Bühling, J. P. F. D.,	1. "
Paulstraße 15 a/c,	Hey, S. J.,	1. "
	Arnoldt, J. J. S.,	8. "

Lübeker Getreidepreise.

11. Mai.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:	18 Mk.	50 Pf bis 14 Mk.	— Pf.
Weizen	12	—	—
Roggen	11	—	—
Gerste	11	—	—
Hafcr	11	—	—
Erbsen	11	—	—
Gelbe Kocherbsen	15	—	—
Grüne	15	—	—

Sternschanz-Viehmarkt. Hamburg, 11. Mai.

Der Schweinehandel verlief flau. Angeführt wurden 580 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verkaufsschweine schwere 38—41 Mk., leichte 41—43 Mk., Sauen 30—34 Mk. und Ferkel 40—42 Mk. pr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Sonnabend, den 11. Mai.

3,30 B. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen.

6,50 B. D. Alice Krohn, Tretau, von Newcastle in 4 Tg.

Sonntag, den 12. Mai.

4,— B. D. Rajader, Hulten, von Kopenhagen in 12 Std.

4,15 B. D. Der Preuze, Bethmann, von Königsberg in 36 Std.

2,10 B. Aurora, Schilbpyte, von Neustadt in 12 Std.

3,20 B. Orth, Schmilz, von Heiligenhafen.

4,— B. D. Elita, Bierkorf, von Libau in 2 Tg.

6,35 B. Jenny, Mamsen, von Karlskrona in 3 Tg.

9,30 B. D. Livadia, Wendelst, von Stettin.

Montag, den 13. Mai.

3,30 B. D. Galmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 Std.

Abgegangen:

Sonnabend, den 11. Mai.

1,10 N. D. Fehmann, Schacht, nach Fehmann.

2,10 N. D. Lillebelt, Magen, nach Frederikje.

3,30 N. Dba, Johannsen, nach Hobro.

3,50 N. Constantin, Dehnen, nach Waldemarswif.

4,15 N. D. Heinrich Schulz, Christensen, nach Gese.

4,20 N. D. Lislaud, Ahrens nach Riga.

6,— N. Jürgen, Treis, nach Wzburg.

7,— N. D. Dernen, Polm, nach Nystedt.

7,15 N. D. J. P. Dillberg, Berg, nach Kopenhagen.

7,35 N. D. Svithiod, Blomberg, nach Stockholm.

8,30 N. Louise Julie, Adam, nach Burg.

8,40 N. D. Linnea, Nyberg, nach Dagef.

8,55 N. D. Alpha, Brinkmann, nach Nyfjell.

Sonntag, den 12. Mai.

7,— B. D. Straßburg, Stinje nach Petersburg.

7,— B. D. Hansa, Stephan, nach Libau.

7,40 B. Amalie, Petersen, nach Waldemarswif.

7,50 B. D. Elbe, Esfer, nach Petersburg.

11,50 B. D. Dora, Jaach, nach Danzig.

12,— B. D. Raja, Jensen, nach Reval.

12,— N. B. Hans, Liebenann, nach Heiligenhafen.

12,— N. B. Wilhelmine, Marsen, nach Burg.

2,— N. D. Marie Louise, Nachtwen, nach Petersburg.

4,35 N. D. Hebe, Vergitrum, nach Wafa.

7,05 N. D. Lübeck, Hultman, nach Kopenhagen.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,28 m. ND., sehr schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Stadt Lübeck ist am 11. Mai von Memel auf hier abgedampft.

D. Europa ist am 11. Mai von Pernau nach Dundee abgedampft.

D. Trave ist am 11. Mai von Reval nach St. Petersburg weitergedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübeker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Geschäfts-Gröffnung.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich Vorbeckstraße 3 a eine Flaschenbier-Handlung eröffnet habe und bitte mein junges Unternehmen freundlichst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll Frau P. Manke.

Anzeige.

Lübeck's erstes und größtes Kaufhaus für Herren- u. Knaben-Garderoben empfing einen großen Posten Arbeiterhosen in Englisch-Feeder, Fünfstamp und prima Wolstin. Verkauft dieselben so lange der Vorrath reicht, für Mk. 3,—.

Louis Joseph Lübeck, Breitestr. 60a Eckhaus.

Ihren reinigen . 1,50, Federn einsetzen . 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30. Aug. Büttner, Uhrmacher, Gügstraße 32.

Gute gelbkehlende Magnum bonum-Kartoffeln empf. F. Beirens, Marlesgrube 35.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ ist soeben erschienen und durch unsere Expedition, gr. Altesfähre 35/37, zu beziehen:

Karl Marx' Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels.

112 Seiten Oktav. Preis 1,— Mk. Porto 10 Pfennig.

Mit dieser Schrift, die ursprünglich unter dem Titel „1848 bis 1850“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850) erschienen ist, unterbreiten wir der Öffentlichkeit eine meisterhafte Studie von Karl Marx, worin der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum ersten Male diese fruchtbare Methode anwendet zur Aufhellung des Charakters der 1848er Revolutionsbewegung und der sie bedingenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte. Die Einleitung von Friedrich Engels zeichnet knapp und klar mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart die geschichtliche Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und zur Umsturzvorlage, die dazu bestimmt ist, das Erscheinen solcher Schriften unmöglich zu machen.

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen.

— Soeben erscheint — in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.:

MEYER'S

Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage.

KONVERSATIONEN

17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne

LEXIKON

152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Ein Schauf-Recal mit 6 ovalen Fächern zu verkaufen. J. Hamann, Altesfähre 33 b.

Ausichant von ff. Hansa-Bier Seidel 10 Pf. in meiner durch Umbau vergrößerten Bierstube hinter der Burg. Achtungsvoll H. Stoll.

Kartoffeln 2353 in großer Auswahl en gros & en detail empfiehlt W. Scharfenberg, Al. Kiejan 8

Kartoffeln 6000 Faß 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf. empfiehlt August Vietig.

Sochfeine franz. und Magnum bonum-Kartoffeln empf. billigt F. Kieckbusch, Prädenstr. 12.

Hüte werden billig garnirt. Hundestraße 69.

Ein Zuru-Anzug billig zu verkaufen. Hundestraße 10, Etage im Flügel.

Zu verk. 1 echter schwarzer Löwenkopf 1 Jahr alt. J. Hamann, Altesfähre 33 b.

Zu verk. Bruteier von meinen Holländern, schwarz mit weißem Federbusch. Vorbeckstraße 18 a.

Zu verkaufen eine neue Braeck, ein gut erhaltener Flegentwagen und ein Fiehwagen auf Federn. Fadenburger Allee 57.

Gesucht ein Bursche. St. Lorenz-Brauerei. O. Gablenz. Nebenhoffstraße 12.

Ges. 1 Tischlerlehrling.

P. Markmann, Spillerstr. 15.

Ges. sof. ein jung. Mädchen, welches Opiern die Schule verlassen hat, bei 2 Kindern.

J. Frentz, Travemünde, Vorderreihe 24. Gesucht zum 1. Juni ein Mädchen zu häusl. Arbeiten gegen hohen Lohn.

L. Carstens, Travemünde. Zu vermieten zum 1. Juli eine freundliche Wohnung. Preis 160 Mk. Näheres Dornestraße 24.

Zwei Stuben mit Boden, ev. auch kleiner Laden, zu vermieten. Näheres Untertrave 39.

Ein Zimmer mit Dachkammer z. 1. Juli und ein Logis für einen jungen Mann sofort zu vermieten. Untertrave 26/2.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten. Altheide 4.

Gesucht ein unmöbliertes Zimmer in der Stadt. Off. u. M L 4 an die Exp. d. Bl. erb.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung zu 140 Mk. für eine kleine Familie in der Nähe des Bahnhofs. Offerten unter K 10 an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine freundl. Wohnung von zwei einzelnem Leuten im Preise von 140 bis 160 Mk., am liebsten in der Nähe des Marktes. Off. u. K 66 an die Expd. d. Bl.

Gefunden eine Peitsche in der Cronsförder Allee. Abzuholen kleine Altesfähre 19.

Bekanntmachung!

Hiermit den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die in der letzten Parteiversammlung gewählte Commission sich konstituiert hat und alle Beschwerden an untenstehende Adresse schriftlich einzureichen sind.

Gustav Kähler Augustenstraße 13 a, 1. Etg.

Achtung! Holzarbeiter.

Versammlung am Mittwoch den 15. Mai im Lokale F. Leeke, Lederstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. National-Ökonomie. (Ref.: Gen. Bartels.) 2. Fragekasten. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erucht Die Lokalverwaltung.

Mittelstandspolitik.

n. Einzig muß man den Männern des täglich wechselnden neuen, neuesten und allerneuesten Kurzes lassen: sie sind stets mit herzerfrischender Schneidigkeit und beidenswerther Sorglosigkeit an die schwierigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme herantreten. Ruhige Erwägungen, Gründlichkeit und Sachkenntnis haben ihr erhabenes und rasches Urtheil nie zu beengen vermocht.

Ob es sich um die Lösung der Arbeiter-, Handwerker- oder Agrarfrage handelte, ob künstlerische, wissenschaftliche oder politische Aufgaben zur Behandlung vorlagen, stets haben die Vielseitigkeit wie die Wandelbarkeit ihrer Auffassung und noch mehr die von stolzem Selbstbewußtsein zeugende Leichtigkeit ihres Urtheils allgemeine Verblüffung erregt. Worüber sich gewöhnliche Sterbliche ihre Köpfe zerbrechen, hat ihnen nicht eine unruhige Minute gekostet. Ihre Weisheit scheint ihnen geradezu im Schlafe gekommen zu sein und offenbar in demselben Augenblicke, als der Zufall sie aus der Verborgenheit ihres bisherigen Daseins auf die hohe Warte der Ministerherrlichkeit hob. „Aufgepaßt, meine Herren, wir werden es schon machen.“

Und in der That sie machen Alles.

Im Gegensatz zu der weisen Bedächtigkeit, mit der man an alle Maßnahmen herantreten ist, welche die Arbeiterklasse betreffen, muß die Lebhaftigkeit und Eile, mit der man die Beglückung des Bauern- und Handwerkerstandes in Angriff genommen hat, um so wohlthuernder wirken.

Allerdings sind die Anstrengungen, die man zu dieser Beglückung bisher getroffen hat, einstweilen nicht praktischer Natur; das würde schon allen Grundätzen der heutigen Regierungskunst widersprechen, der nichts ferner liegt, als raschen Entschlüssen auch ernstgemeinte Thaten folgen zu lassen. Vorläufig beschränkt man sich auch hier darauf, hochgespannte Erwartungen zu erregen, frohe Hoffnung in das Herz der Bedrückten zu träufeln und unerfüllbare Wünsche zu wecken: erprobte Mittel, die sich stets dann herrlich bewährt haben, wenn man sich über die Art und Weise, wie einer Gesellschaftsschicht zu helfen sei, nicht klar war.

Ist unter Beihilfe einer liebedienersichen Presse, streberischer Professoren und durch selbstbewußte Erklärungen vom Ministertische aus dem Mittelstande erst die Ansicht wieder beigebracht worden, daß die Behauptung der Sozialisten vom Verschwinden des Bauern- und Handwerkerstandes unter der herrschenden Wirtschaftsordnung eine von gewissenlosen Agitatoren erfundene Sage, ein kindisches Märchen ist, dann hat eine Regierung doch gewiß alles gethan, was sie unter den heutigen Umständen überhaupt für den Mittelstand thun kann. Wer dann noch daran zweifelt, daß die Festigkeit des bäuerlichen und gewerblichen Kleinbetriebes unter keinem Wirtschaftssystem gewaltiger wachsen muß als unter dem kapitalistischen, wer dann noch daran zweifelt, daß die eigene Scholle heut besser wie je ihren Behauer ernährt, und das Handwerk seinen alten goldenen Boden hat, der ist der Partei der Umstürzler eben unrettbar verfallen oder, was in den Augen jedes Polizeiministers fast noch schlimmer ist, der gehört zu jener Sorte von Gelehrten,

Geistlichen und Gebildeten, welche die Ergebnisse der Wissenschaft und die Lehren des täglichen Lebens höher achten, als dreiste Behauptungen staatsmännischer Nullen, denen so gut wie Alles fehlt, um in solchen Fragen mitzusprechen.

Viel Gläubige scheint die naive Prophezeiung von der großen Zukunft des Mittelstandes auch wirklich nicht gefunden zu haben. Die immer lecker sich hervorwagende Bewegung des Bauern- und Handwerkerstandes beweist vielmehr, daß es trotz aller Verdunkelungsversuche in den Köpfen dieser Leute ebenfalls zu dämmern beginnt, daß sie in dem großkapitalistischen Charakter unserer Wirtschaft die Quelle ihrer verzweifeltsten Lage wittern, zum Theil schon begreifen. Wenn ihre Forderungen noch ein auffallend arbeitersindliches Gepräge tragen, so liegt das vornehmlich daran, daß die Führung ihrer Bewegung meist noch in den Händen von Junkern und konservativen Geschäftspolitikern liegt, die ein Interesse daran haben, die arbeitenden Schichten der Bevölkerung aufeinander zu hegen. Zum Glück hat sich der Gegensatz zwischen den großkapitalistischen Interessen und denen des Mittelstandes bereits derartig verschärft, daß die Bauern und Handwerker bestrebt sind, sich der Bevormundung und Nasführung durch jene Leute mehr und mehr zu entziehen. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, stehen wir am Beginn einer selbständigen Mittelstandsbewegung.

Schon der Kern dieser Bewegung weist eine durchaus feindselige Spitze gegen das Großkapital auf. Mit einem gewissen Recht können sich die Bauern, Handwerker und die große Masse der besser gestellten Staats- und Privatbeamten darüber beschweren, daß der Staat sie äußerst stiefmütterlich behandelt hat. Sie haben von ihrem Standpunkte aus nicht ganz Unrecht, wenn sie sich einbilden und sagen: bisher haben wir die Kosten eines herrlichen Kulturstaates so ziemlich allein tragen müssen. Die große Industrie und die großkapitalistische Latifundienwirtschaft sind in unserem Ruin entstanden. Der Aufschwung der kapitalistischen Kultur ist mit dem Niedergange des Kleinbürgerlichen und kleingewerblichen Betriebes bezahlt worden.

Und selbst da, wo der Klassenstaat unter dem Druck der Arbeiterbewegung etwas zur Vinderung des Elends der Arbeiterklasse gethan hat, geschah es auf unsere Kosten. Denn das Großkapital hat sich wohl gehütet, uns alle Lasten aufzubürden, zumal da wir, stolz auf den Titel, Stützen von Thron und Altar zu sein, stets ganz gedulbig alle Lasten auf uns genommen haben. Bei dem fortschreitenden Niedergange unserer wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir auch gar keine Zeit und keinen Muth gefunden, uns politisch selbstständig zu machen. Die großen Herren, denen wir im politischen Leben die Leitung unserer Geschicke anvertraut haben, sind zwar nicht müde geworden, uns die weitgehendsten Versprechungen zu machen, so lange sie um unsere Stimmen bettelten, nachher aber haben sie uns nicht mehr gekannt. Die Arbeiter, die sich durch ihre politische Organisation bei Zeiten unabhängig gemacht hatten, imponirten jenen Herren schon eher, jene mußte man durch Einlösung mancher Versprechungen wenigstens noch in gute Laune zu versetzen suchen; aber nach uns, den gutmüthigen Philistern, die wir, ohne politische Schulung, einem halben Duzend

politischen Parteien nachgelaufen sind, hat Niemand gefragt. Wir hatten die Kriegskosten zu zahlen, das Großkapital aber steckte die Beute in die Tasche und die Arbeiter durften doch manchmal noch Nachlese halten.

Wenn der Mittelstand auf Grund solcher Erwägungen zu der Ansicht gekommen ist, daß ihm sein Seil ebenfalls nur noch durch eine selbstständige politische Organisation erblühen kann, so finden wir das begreiflich, ohne in dessen seine Hoffnungen theilen zu können. Der Hinweis, daß die Arbeiterklasse durch ihre politische Selbstständigmachung sich große Vortheile erkochten hat, ist durchaus nicht sichhaltig, denn die Arbeiterklasse hat in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung die Wurzeln ihrer Macht, während für den Mittelstand dieselbe wirtschaftliche Entwicklung die Ursache seiner Schwäche bildet. Die Arbeiterklasse ist eine emporstrebende, der Mittelstand aber eine absterbende Gesellschaftsschicht.

Hätte der Mittelstand die genügende Einsicht in das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft, dann würde er wissen, daß sein Untergang geradezu eine wirtschaftliche Nothwendigkeit ist.

Zu der wirtschaftlichen Nothlage des Bauern- und Handwerkerstandes, die als Grundursache der auflodernden Mittelstandsbewegung angesehen werden muß, gefügt sich noch ein anderer Umstand, der diese Bewegung sehr begünstigt: die allgemeine geistige Beresung unseres Zeitalters.

Die Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose hat in der Hauptsache ihren rein materiellen Charakter behalten. Obwohl mit dem Besitz auch die Bildung und alle geistigen Genüsse ein Vorrecht der herrschenden Klasse geworden sind, wird doch kein vernünftiger Mensch behaupten können, daß die Kapitalistenklasse großen Gebrauch von diesem Vorrecht gemacht hat oder etwa gar den gebildeten Theil der Nation repräsentire. Die Intelligenz der Bourgeoisie erschöpft sich vollständig im Geldverdienen. Die Arbeiterklasse, die in Folge ihrer wachsenden Verarmung von den theuren Bildungsmitteln des Klassenstaates keinen Gebrauch machen konnte und ganz auf sich allein angewiesen blieb, ist nur langsam auf der Bahn ihrer geistigen Entwicklung fortgeschritten und hat erst, seit sie politisch sich zur Selbstständigkeit durchgerungen hat, als geistige Macht die Weltbühne betreten.

Der Mittelstand blieb der eigentliche Träger der geistigen Kultur; aus seinen Reihen rekrutirt sich die weitaus größte Zahl der Studirten, der Gebildeten, der geistigen Lohnarbeiter und der besser gestellten Staats- und Privatbeamten. Die Kapitalistenklasse hatte es nicht nötig, auf wirkliche Bildung Werth zu legen, und die Arbeiterklasse war im Stande, sich dieselbe anzueignen, da ihr die Mittel dazu fehlten. Anders lag die Sache beim Mittelstande. Seit dessen wirtschaftlicher Verfall die Möglichkeit, sich als Meister oder Landwirth selbstständig zu machen, immer aussichtsloser erscheinen ließ, strömte die junge Generation massenhaft nach den höheren Schulen, Universitäten und nach der Beamtenlaufbahn. Denn ein gewöhnlicher Arbeiter sollte doch der Sohn des Bauern und Handwerkermeisters nicht werden, das hieße ja in den Augen dieser Leute, von der gesellschaftlichen Stufenleiter herabsinken.

Die Kapitalistenklasse, die außer den „Händen“ auch

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(88. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Während Folly mit ihren Angreifern rang, kam ein Herr aus dem Hause, gekleidet in helle Weinkleider, schwarzen zugeknöpften Gehrock, ein dünnes Spazierstöckchen in der Hand. Ein schmales Band im Knopfloch war das einzige Zeichen, welches den Beamten an ihm erkennen ließ.

„Was geht denn hier vor?“ wandte er sich an den Offizier.

Dieser salutirte, trat an seine Seite und flüsterte ihm ins Ohr:

„Wenn ich nicht irre, ist dieses die Frau, die uns heute Morgen auf dem Carrefour de l'Europe so viele Leute kostete. Sie wohnt im Hotel Milan und wenn Sie genauer zusehen wollen: ihr Halskragen ist an der rechten Seite geschwärzt; sie hat die Leiche eines Kommunards auf dem Karren.“

„Sie haben nun Ihre Pflicht gethan, überlassen Sie mir das Weitere“, versetzte der Herr. Dann als der Offizier mit den Soldaten abzog sagte er zu dem Mädchen:

„Sie können weiter gehen!“

Während sie ihre Last auf dem schwierigen Wege weiter vollte, behielt er sie vom Trottoir aus im Auge. Sie sah ihn nicht, denn sie war ganz in Anspruch genommen von dem, was sie auszuführen beschloffen hatte. Sie hatte den Mann kaum erblickt, der sie vor schnellem Tode gerettet hatte, schätzte sie doch ihr Leben zu gering, um für diesen Dienst überhaupt dankbar zu

sein. Rein anderer Gedanke erfüllte sie, als den geliebten Todten an einem einsamen stillen Ruheplatze zu bestatten.

Als ein Windstoß an der Straßenecke vorfuhr und das Tuch von dem Antlitz des Entschlafenen wehte stand sie still, ging an seine Seite und betrachtete mit unaussprechlicher Trauer die bleichen, wächsernen Züge. Dann breitete sie das Tuch wieder zärtlich über ihn, wie eine Mutter über ihr schlafendes Kind.

Der Herr auf dem Trottoir sah und erkannte Richard Banes Gesicht und seine Vermuthung wurde bestätigt. Gleichwohl hielt er durch Bewegung mit dem Stocke in der Hand die Führer mehrerer ihnen entgegenkommender Patrouillen ab, sich des Mädchens zu bemächtigen.

Als das Hotel Milan erreicht war, gab Madame Avenet vom Fenster aus ein Zeichen, daß man herunterkommen würde, um die Thüre zu öffnen. Da trat der Herr näher und sagte leise:

„Folly, ich habe Ihnen gestattet, die Leiche Richard Banes, den auch ich hochschätze, in Sicherheit zu bringen, und nun rathe ich Ihnen, sorgen Sie auch für sich. Entfernen Sie die Spuren der Pulverdampfs von Hals und Händen, sonst kostet es ihr Leben, trotzdem ich Sie schützen möchte.“

Folly blickte den Sprecher wie traumverloren an; jetzt erschien Herr Avenet in der Thüre und sich an diesen wendend, bat sie ihn, ihr behilflich zu sein, die Leiche ins Haus zu schaffen.

Im dunklen Korridor eilte Esperanza dem Mädchen entgegen. Er hatte sich inzwischen auf ihre Bitte in Margarethes Zimmer befunden als ihr Wächter.

„Lebt er noch?“ frug er.

„Leben? versetzte Folly bitter; „sind die Barrikaden nicht seit zwei Stunden verstummt?“

Nachdem die Leiche ins Haus geschafft war, fragte Folly:

„Wo ist seine Schwester?“

„Sie ist noch im Hinterzimmer,“ antwortete Madame Avenet. „Aber heute darf sie ihn nicht mehr sehen. Die arme Seele hat sich jetzt etwas gefast, morgen wird sie das Entsehlliche noch früh genug erfahren.“

„Sie haben recht,“ gab Folly eifrig zurück, „lassen Sie ihn in mein Zimmer tragen und ihn da ruhen bis morgen.“

So trugen sie den Todten hinauf und legten ihn auf Follys Bett. Als sie allein war mit ihm, verschloß sie das Zimmer und es kam über sie wie ein Anflug plötzlicher Freude. Nichts Schreckliches lag mehr für sie in seinem Anblick, der Tod hatte seine Schrecken für sie verloren. Vor dem Lager niederknieend, legte sie ihre Wangen neben ihm auf das weiße Kissen und drückte ihre Lippen auf seine eiskalte Stirne.

Als Herr Avenet wieder hinabstieg, um die Hausthür zu schließen, fand er den Herrn, der Folly begleitet hatte, seiner harrend.

„Herr Avenet, sagte er höflich, „ich habe mit Ihnen zu reden.“

Der Hausherr führte ihn in den Salon.

„Mein Name ist Garnier,“ begann dort der Fremde, „ich bin Mitglied der Geheimpolizei und im Dienste der Versailler Regierung. Unsere Truppen sind heute von Ihrem Hause aus mit Kugeln überschüttet worden und“

„Ich erfuhr es leider zu spät,“ fiel Herr Avenet ihm erregt ins Wort, „ich bin unschuldig daran.“

Medienburgische Feudalherlichkeit. Die „Medienburg-Strelitzsche Landeszeitg.“ giebt einen erbaulichen Bericht über besondere Ehrungen, welche dem Grafen und der Gräfin Bothmer von den Einwohnern des Ortes Klitz zu theil wurden bei dem welterschütternden Ereigniß der Verlegung ihres Wohnsitzes von Brook nach Schloß Bothmer. Wie bei der Ankunft von Landesfürsten erfolgte Einholung durch berittene Erbpächter, durch Grund- und Hausbesitzer; Schüler und Schülerinnen bildeten in den Straßen Spalier. Selbstverständlich fehlten nicht die festlich gekleideten Ehrendamen, welche die Farben derer von Bothmer trugen; der Ort hatte reichen Flaggen Schmuck angelegt u. s. w. u. s. w. — Wadere Klitzer!

Ludwigshafen. Einen schrecklichen Mord verübte der 54 Jahre alte Hundehändler Michael Frey auf offener Straße an seiner 21jährigen Ehefrau Luise Liebrich, aus Kaiserlautern gebürtig. Aus Eifersucht schnitt er mit seinem Taschenmesser der jungen Frau den Hals vollständig ab. Bei seiner Verhaftung gab er noch durch herzhaftes Lachen seiner Freude Ausdruck, daß es ihm so schön gelungen sei, seine „bessere“ Hälfte ins Jenseits zu befördern.

Quittung.

Im Monat April gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 300,— (darunter durch B. Schiller 17,20, A. M., Fürstentstraße 41 5,—, Buchbrauerei, Kassestraße 10,—), 3. Kreis 2000,—, 4. Kreis (W) 1000,— (darunter Ueberschuß v. Matinee 10 2, bei Keller 100,—, Sternspize 50,—, Tischler G. 20,—, J. R., Grüner Weg 1,—), Werkstatt Wölter, Wälschingstraße 7 10,—, durch Späth 1,—), 4. Kreis (Südost) 1013,65 (darunter St. 26 12,—, an Stelle eines Märzfranzes St. 6,75, Südost 100,—, Bismarckfeier 1,25, S. 2,50, Stb. 50 18,—, Amerikanische Auktion 4,—, Streichholzschachtel 7,85, Lotteriekorb 7,50, Nothe Einlegung 2,20, Märzfranzüberschuß von den Arbeitern der Firma Brauer in Stralau 5,80, Pfaffsche Fabrik —, 95. 6. Kreis (Schönhäuser Vorstadt) 400,— (darunter vom Personal der deutschen Putzfabrik 40,—, Ueberschuß der „Vorwärts“-Spekulation 58,89), 6. Kreis (Dranienburger Vorstadt) 700,— (darunter Ueberschuß der Parteispedition Webbing 1. Quartal 221,50, Ueberschuß der Protektionmission d. J. d. L. 10,—), 6. Kreis (Moabit) 300,— (darunter Ueberschuß vom „Vorwärts“ Moabit 100,—, Stromstraße 6 1,—, Schäfer, Alt-Moabit 1,—, Meier, Ulberstraße 28 —, 60), 6. Kreis (Königsplatz Vorstadt und Gesundbrunnen) 800,— (darunter Ueberschuß der Parteispedition 99,80, A. S. 1,—), Berlin diverse Beiträge: B. S. 50,—, A. B. 50,—, Dr. L. A. 20,—, Tischlerwerkstatt von Wiehr, Friedenstraße 47, Vierprozent 10,—, Sängerkreis 11,70, B. H., Holmannstraße, 3,—, Pr. M. 3,—, D. B. 20,—, M. B. 75,—, J. B. 25,—, Zimmer 3,90, C. J. in R. 3,—, Nothe Feiernbrüder aus dem äußersten Norden 10,—, D. Bauer 3,—, Nothe Buchbinder, Grünstraße 5,—, Von einer Genossin 1,50, Gesammelt im Paradies 100,—, Dr. J., zweite Rate 100,—, Sächsischer Genosse in Moabit 20,—, Bötsch 25,—, Nother Baum 368,—, Nothe Jugendfeier d. B. F. 1,70, Geburtstagsfeier, Lesingstraße, 1,15, Nothe Hochzeit, Brandenburgstraße 52, 1,50, Werkstatt Weichardt 3,—, Jugendaufnahme bei Müller, Friedrichsbergerstraße, 3,—, A. S. —, 50, Bon Genossen Theme 10,—, Pfenbruder Kuba, Köpenick, 21,— (darunter Lieb-Proletarierleben 6,—), Bierprozent, Israel, Prinzenstraße 25, 15,50, Tellerammlung der Töpfer, Steinmeyer, Dachdecker am 1. Mai 17,55, F. B. 1,50, Von den Halbtodten in der Feinmüllerei Heinersdorf anlässlich der Feier des 1. Mai 1,95, Jugendbund, März-April 14,—, Geburtstagsfeier bei Krüger, Stall-schreiberstraße, 3,95, Bremermerhaven, von Genossen 50,—, von der scharfen Ecke 3,—, Summa 53,—, Boppard, 3,—, Brandenburg, Pf. und G. 6,—, Brandenburg, 9 Bodenmacher, 1 Schneider 3,20, Breslau, rothe Hochz. Fr. Wilhelmstr. d. B. 1,50, Cottbus, S. 10,—, Chemnitz am Auct. 1. März 1,25, in Gharbts Restauration 6,—, Deutsche Schuhfabrik 100,—, Deltisch, silberne Hochzeit bei Bude 3,85, Cuxen, Korallblume 20,—, Esfurt 57,— (darunter rothe Flasche 7,—), Eberfeld 300,—, Gilbey 20,—, Elßig, Ehrenhaus 5,—, Forst in L., Versammlung d. A. S. 25,—, Falkenberg (Oberschl.) 2,—, Falkenstein i. B. 14,55, Friedrichsberg 10,—, Fulda, von 2 Sabbatshändlern des 1. Mai's 5,—, Genßien, rothe Mitglieder der Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerbe 2,40, Hainichen in S. A. B. 50,—, Hannover 500,—, Hamburg, Ueberschuß von der Wahl 1893 370,01, Hamburg, von 2 rothen Kapitänen Gr. Neumarkt 38, 1,80, Hamburg, v. einer rothen Geburtstagsfeier 4,20, Hamburg, rothe Bahnarbeiter, Mai-feier 11,—, Hamburg, die zweite Hälfte des Tagelohns v. 1. Mai der Seher des „Hamb. Echo“ 119,—, Jauer, von den rothen Zigarrenarbeitern 11,—; v. rothen Sortier —, 50, Sa. 11,50, Jümenau, sozialdemokratischer Nachläufer 5,50, Königsberg, R. M. 20,—, Königsbrück i. S., S. D. 1,—, Köpenick, v. M. 2,—, Lehe, amerikanische Auktion, Gesellschaften 10,—, D. 1 5 e d 3 0 0,—, Lürach 50,—, Lengenfeld i. B., Betrag der Waifeier 6,—, Nichtenstein-Callenberg 10,—, Loderburg, gesammelt von 5 Parteigenossen am 1. Mai 2,50, Mann im Mond 375,—, Magdeburg, amerikanische Auktion bei dem Auszug der Schuhmacher 18,—, Müßen St. Michel, Reservisten und Landwehrlente 2,25, rothe Kindtaufe 0,75, Sa. 3,—, Mylau i. B., gesammelt in einer rothen Bude zu Bismarcks Geburtstagsfeier v. J. B. 10,25, Magdeburg 400,—, Mehlis B. F. B. 3,30, Neuenhof bei Romawas 2,—, Neubann, zielbewußte Genossen 4,—, Dflig, rothe Kindtaufe 4,40, Offenburg i. B., „von der Gesellschaft“ 10,—, Osterwid a. S., B. 3,30, Pirna, gesammelt bei einem Faß Vier durch 2 1,10, Paris, von Genossen 40,—, Plauen i. B., von „grünen Jungens“, die beim Bismardrummel nicht illuminirt haben 2,—, Potsdam, Maifammlung von 12 rothen Schriftsetzern 7,30, Richzenhain bei Walbheim, von Genossen 30,—, Ritzdorf, Fuger, Treptowstr. 4, 4,50, Stollberg i. E., F. zur Fahne roth, tren bis in den Tod 2,—, Schönberg; Geburtstagsfeier am 2. Feiertag im Lokale von Klein 2,15, Schwiebus, gesammelt am Osterfest 2,35, Schwiebus B. 3,30, Striegau 20,—, Saargemünd, Ueberschuß der Waifeier 6,50, Schmiedeberg in Schleien, Maifeier auf dem Riesengebirge 2,70, „Vorwärts“, 1. Quartal 1895 11043,75, „Vorwärts“-Buchhandlung 4000,—, Begeßack, gesammelt bei einer Geburtstagsfeier 1,70, Bogtsberg bei Delitzsch, Ueberschuß von einem aufgegebenen Gesangsverein 1,—, Weissensee, gesammelt zum Geburtstagsfeier der alten Kalketenliste 1,45, Wilmersdorf, Gefelleneinstand Steinmehl. Kämpfer 2,50, Werbau, rothe Kindtaufe bei Kalkofen 8,50.

In der Quittung in Nr. 84 des „Vorwärts“ v. 9. April d. J. muß es unter den div. Berliner Beiträgen nicht heißen: Ueberschuß v. „B. F.“ v. C. L. R. u. Ko. 3,—, sondern von C. F. R. u. Ko. 3,50. Berlin, den 8. Mai 1895.

Für den Parteivorstand A. Gerisch, Kapbachstraße 9, 1. Treppe.

Klarer darthun und die auffallende Unfähigkeit des Klassenstaates, dem Mittelstande zu helfen, immer schärfer in Erscheinung treten lassen. Wer dann besser gethan hat, die Regierungen, die schließlich mit leeren Händen vor den Mittelstand treten, ihre Ohnmacht eingestehen müssen, oder die Arbeiterklasse, die jeder Zeit offen betont hat, daß der Ruin des Mittelstandes unvermeidlich, die Hoffnung auf die Hilfe des Klassenstaates vergeblich und einzig und allein eine Neuorganisation der gesammten Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage den Bauern, Handwerkern, Kopf- und Handarbeitern die Rettung aus ihrer trostlosen Lage bringen kann, wird die Zukunft lehren. („Sozialdemokrat“.)

Soziales und Partei-Leben.

Die deutschen Maurer werden dringend ersucht, nach Bergen (Norwegen) keine Arbeit auf Verschreibung anzunehmen, da hier selbst die Arbeit höchstens 4 Sommermonate dauert und außerdem Arbeitskräfte genügend vorhanden sind. Der Fachverein der Maurer in Bergen (Norwegen).

Ueber die Sozialdemokratie in den Landtagen schreibt die „Köln. Ztg.“: „Bei der jüngst im Herzogthum Sachsen-Altenburg stattgehabten Landtagswahl haben die Sozialdemokraten erhebliche Erfolge errungen, indem sie von den 30 Landtagssitzen vier (drei neue) erhielten, darunter zwei rein ländliche. Abgesehen von Preußen sind jetzt die Sozialdemokraten in den Landtagen fast aller Einzelstaaten vertreten: in Bayern sitzen fünf, in Sachsen sogar 14 (bei 82 Mitgliedern), Württemberg zwei, Baden drei, Hessen drei, Weimar einer, Gotha einer, Meiningen einer, Neuß j. L. drei, Schwarzburg-Rudolstadt einer. Dieses Fortschreiten der Sozialdemokratie ist um so beachtenswerther, als fast überall ein Zensus-Wahlssystem besteht, welches die ganz Armen vom Wahlrecht ausschließt, und als auch die Wählbarkeit zum Abgeordneten an verschiedene Bedingungen geknüpft ist, in Sachsen z. B. an die Erfüllung des 30. Lebensjahres, an den dreijährigen Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit und an die Entrichtung einer jährlichen Staatssteuer von mindestens 30 Mk. In dem dichtbevölkerten Sachsen, wo in den Industriebezirken der Unterschied zwischen Stadt und Land immer mehr verschwindet, werden auch bereits Landkreise von der Sozialdemokratie im Landtage vertreten. Sächsische Blätter haben es neuerdings dem Abgeordneten Wagem sehr übel genommen, daß er im Reichstage die in Sachsen beliebte Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes als der Sozialdemokratie nur förderlich bezeichnet hat. Da kann er sich auf die Wahlstatistik berufen. Die starke Vertretung der Sozialdemokratie in der zweiten sächsischen Kammer ist bereits hervorgehoben worden, wobei zu berücksichtigen wäre, daß in Sachsen nur etwa ein Drittel der Arbeiter, welche Reichstagswähler sind, auch an den Wahlen zum sächsischen Landtage theilnehmen können. Draßlischer noch ist aber die Reichstagswahl-Statistik. Seit der Reichstagswahl von 1887 standen in Sachsen sich folgende Zahlen gegenüber:

Table with 4 columns: Year, Sozialdemokraten, Gesamtgegner, Differenz. Rows for 1887, 1890, 1893.

Geht es so weiter, dann werden sich in Sachsen die sozialdemokratischen und nicht-sozialdemokratischen Stimmen bald die Waage halten. Wenn trotz diesen Fortschritten der Sozialdemokraten sächsische Blätter, wie die „Leipz. Ztg.“, die in Sachsen beliebte Kampfmethodo gegen die Sozialdemokratie für gut und zielführend halten, so ist weitere Erörterung unnütz.“

entfernte er sich wieder und sobald sich die Thüre hinter ihm geschlossen, streckte Garnier dem Mädchen beide Hände entgegen.

Margarethe schien dies nicht zu bemerken. Auf die Lehne eines Sessels gestützt, sagte sie tonlos: „Mein Bruder hat mir den Inhalt der Unterredung, welche er mit Ihnen geführt, mitgetheilt und es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Sie nicht in der früheren Weise begrüße. Ueberhaupt wäre ich nicht gekommen, wenn es Herr Venet nicht so dringend gemacht hätte.“

„Sie verkennen mich,“ sagte Garnier würdevoll, „aber ich verdanke es Ihnen nicht — der Schein ist gegen mich. Daß ich Polizist, Geheimpolizist war und bin, leugne ich nicht, aber als Geheimpolizist mußte ich über mein Amt schweigen.“

„Nicht deshalb verachten wir Sie — aber daß Sie um äußeren Vortheils willen Ihre Gesinnung wechselten, scheidet uns.“

„Ich habe niemals meine Gesinnung gewechselt — ich stand und stehe auf Seiten einer legitimen Regierung.“

„Ich meine gehört zu haben, Sie ständen im Dienst der Commune?“

„Nur um der Commune zu schaden.“

„So sind Sie ein Spion.“

„Ich sagte Ihnen bereits, daß ich im Dienste der Geheimpolizei stehe und auch hier gilt der Satz: der Zweck heiligt die Mittel. Doch ich kam nicht hierher, um mich zu verteidigen, sondern um Sie zu schützen. Ihr Leben ist in Gefahr! Als die Schwester eines berücktigten Führers der Commune sind Sie der Wuth der Sieger eine erwünschte Beute. Sie wissen wohl noch nicht, daß Ihr Bruder todt ist.“ (Fortsetzung folgt.)

die Interessen brauchte, kam das sehr gelegen. Die Arbeitskraft der Gehirnarbeiter fand anfänglich gute Bezahlung, denn die Bequemlichkeit, andere nicht nur für sich arbeiten, sondern auch denken und sorgen zu lassen, schien den Kapitalisten schon eines kleinen Opfers werth. Mit der Ueberproduktion an Gebildeten ist die Bourgeoisie allerdings anderer Ansicht geworden, und die große Zahl der direkt oder indirekt vom Kapital besoldeten Gelehrten, Künstler, Ingenieure, technischen und kaufmännischen Beamten u. s. ist hinsichtlich der Entlohnung immer mehr auf die Stufe des Handarbeiters herabgedrückt worden. Wie diese arbeiten auch jene für den durch die Gesehe des Waarenaustausches bedingten Preis ihrer nackten Arbeitskraft.

In einem ansehnlichen Theile der geistigen Lohnarbeiterschaft ist unter solchen Umständen das proletarische Bewußtsein rasch erwacht; der Rest aber wehrt sich mit aller Kraft gegen den Gedanken, nichts Besseres, als ein bloßer Tagelöhner des Kapitals zu sein und glaubt noch ernsthaft an das Märchen von seiner höheren sozialen Stellung, das ihm im Philisterhause so nachdrücklich eingepflanzt worden ist. Er sieht nicht, daß die Besitzenden sich schroff von ihm abschließen, ihn verächtlich als ihren Sklaven behandeln und in ihrem Propenshochmuth seine Bildung und seine geistigen Fähigkeiten nur als lumpige Ausbeutungsobjekte betrachten.

Das dumpfe Gefühl, nur der geistige Hausknecht der Besitzenden zu sein, macht sich dessen ungeachtet in den weitesten Kreisen der Gebildeten zusehends geltend. Die kapitalistische Ausbeutung und die unerschämten Herausforderungen kapitalistischer Progen haben den gebildeten Theil der Nation in einen ziemlich offenen Gegensatz zur herrschenden Klasse und zu einer sympathischeren Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung gebracht. Im großen und ganzen aber hat die Mittelstandsbewegung in seinen Reihen ihre begeistertsten Anhänger. Denn mit dem Mittelstande, dem er meist entsprossen, verknüpfen den Gelehrten, den Künstler, den Arzt, den Lehrer u. s. noch unzählige Fäden, ihm steht er auch in wirtschaftlicher Beziehung am nächsten.

So unangenehm es den Besitzenden auch sein mag, daß die Gebildeten, zum Bewußtsein ihrer kläglichen Stellung kommend, ihren eigenen politischen Weg gehen wollen, so erfreulich ist es ihnen doch, daß diese, noch tief in der bürgerlichen Weltanschauung befangen, nicht offen auf die Seite der Arbeiterklasse treten. Eine Mittelstandsbewegung liefert den Machthabern des Klassenstaates doch einstweilen ein Gegengewicht gegen die aufstrebende Arbeiterklasse, die längst nicht mehr nach Gutdünken zu leiten ist.

Trotzdem spielen die herrschenden Parteien und Regierungen ein gefährliches Spiel, wenn sie durch große Versprechungen und Verheißungen die Mittelstandsbewegung im Interesse des Klassenstaates zu benutzen gedenken. Der Klassenstaat ist gar nicht im Stande, diese Versprechungen einzulösen, da sie seinem ganzen Charakter widersprechen. Die „Befestigung des Bauernstandes“, die „Hebung des Handwerks“ und „Vergleichen Schlagworte sind leerer Schall. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, die ihren großkapitalistischen Zug gar nicht mehr verleugnen kann, ist die Begünstigung des bäuerlichen und gewerblichen Kleinbetriebes auf Kosten des landwirtschaftlichen Großbetriebes und der Großindustrie einfach ein Umding, in dem Zeitalter des Weltverkehrs wäre sie nationaler Selbstmord. Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz aber ist der Ruin des Mittelstandes besiegelt. Zum mindesten muß der fortschreitende wirtschaftliche Niedergang die Gegenseitigkeit der Interessen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse gegenüber dem Großkapital immer

„Das ändert nichts an der Thatsache. Sie haben soeben die Leiche eines notorischen Communards in Ihrem Hause aufgenommen, welcher, wie ich wohl weiß, seit Februar unter ihrem Dache wohnte.“

„Ach, mein lieber Herr, wie konnte ich das ändern! Wir wurden zu manchem gezwungen, was uns nicht gefiel — wir waren in den Händen der Commune! Mühte ich selbst doch gestern am Barrikadenbau helfen, während mein Sohn bei den Versaillern steht!“

„Um so schlimmer für Sie. Die Schüsse, welche aus Ihrem Hause fielen, sollen von einer Dame, der Schwester des Herrn Bane, abgegeben worden sein.“

„Begrüße, lieber Herr, Fräulein Bane hat keine Waffe berührt.“

„Sie erhöhen Ihre eigene Verantwortung, indem sie zugeben, daß es jemand anders war, der geschossen hat. Ich will Ihnen im Vertrauen sagen, daß auch ich sie für unschuldig halte, ich kenne Fräulein Bane von England her; aber auf ihr ruht nun einmal der dringendste Verdacht, die siegreichen Truppen haben die Macht und Macht geht vor Recht, wie sie wissen. Wenn ich Ihnen rathen darf, bemühen Sie sich nicht, Fräulein Banes Unschuld zu beweisen — es könnte Ihnen schlecht bekommen. Ich werde schon ein Mittel finden, die Dame aus Ihrem Hause zu flüchten und auch in Sicherheit zu bringen.“

Herr Venet stammelte Worte des Dankes, doch Garnier hielt ihn zurück.

„Da ist keine Zeit zu verlieren,“ sagte er, „holen Sie Fräulein Bane zu mir in dies Zimmer, hoffentlich kann ich Sie dazu bestimmen, meinen Beistand anzunehmen.“

Venet eilte hinweg und kehrte gleich darauf in Begleitung Margarethes zurück. Auf einen Wink Garniers